

EDITED VOLUME SERIES

Martin Senn (Hg.)

40 Jahre Institut für Politikwissenschaft an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Eine Festschrift

innsbruck university press

EDITED VOLUME SERIES

innsbruck university press



Martin Senn (Hg.)

40 Jahre Institut für Politikwissenschaft an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Eine Festschrift

Martin Senn
Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften gedruckt.

© *innsbruck* university press, 2018
Universität Innsbruck
1. Auflage
Alle Rechte vorbehalten.
www.uibk.ac.at/iup
ISBN 978-3-903187-27-6

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Rektors der Universität Innsbruck

Tilmann Märk

Die wechselvolle Geschichte der Innsbrucker Politikwissenschaft ist ein Musterbeispiel für die Ausdifferenzierung der Wissenschaftsdisziplinen in den letzten Jahrzehnten. Die Berufung von Anton Pelinka im Jahr 1975 — damals noch an der Fakultät für Rechtswissenschaften — kann dabei durchaus als „Geburtsstunde" gesehen werden. Der Etablierung dieser Professur in Innsbruck folgte rasch die Emanzipierung, zuerst 1976 durch die Zuordnung der Professur an die Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und gleich im Jahr darauf die Institutsgründung, die wir im vergangenen Jahr zum vierzigsten Mal gefeiert haben. Dabei hatte es das Institut gerade in der „Adoleszenz" nicht immer einfach, war es doch von einem organisatorischen Spezifikum geprägt: Die Studienangelegenheiten waren, entgegen dem Personal, nicht der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, sondern den Geisteswissenschaften zugeordnet. Diese Zwitterstellung zwischen den Disziplinen prägten lange Jahre Selbstverständnis und -behauptung des Instituts im inneruniversitären Kontext.

Mit dem sich abzeichnenden Beitritt Österreichs zur Europäischen Union begann für das Institut Ende der 1980er Jahre dann eine neue Phase des Wirkens. Sowohl in fachlicher als auch personeller Hinsicht, insbesondere durch die Berufung von Heinrich Neisser, erfolgte eine Erweiterung des Handlungsspektrums, das bis heute ein konstitutives Element darstellt. Diese neuen inhaltlichen Perspektiven auf europäischer Ebene fanden zudem ihren Niederschlag im regionalen Forschungs- und Lehrumfeld. Kooperationen und Projekte mit den Partner/innen südlich des Brenners, insbesondere im Rahmen der EUREGIO, sind ein wesentliches Standbein des Instituts. Aber auch weitere Berufungen, etwa im Bereich Politische Theorie oder Frauenforschung, unterstützten die Entwicklung und Binnendifferenzierung des Faches.

Prägend war für die Politikwissenschaft sicherlich auch das Inkrafttreten des UG 2002, welches eine Neuordnung der Fakultäten nach sich zog.

Mit der Gründung der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie im Jahr 2004 wurden die Sichtbarkeit des Faches sowie die organisatorische Kohärenz deutlich erhöht, wenn auch die Fakultät nach wie vor zu einer der kleinsten der Universität zählt. Die vor kurzem erfolgte Umbenennung in Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften, die Etablierung eines Instituts für Medien, Gesellschaft und Kommunikation sowie die (noch vollständig zu erfolgende) Integrierung des Arbeitsbereichs Peace Studies zeigen, in welch dynamischem Umfeld sich das Institut bewegt. Das spiegelt sich auch in zahlreichen inneruniversitären Forschungskooperationen wider, in denen die Politikwissenschaft vielfältige Anschlussmöglichkeiten zu Nachbardisziplinen bietet.

Diese inhaltliche Erweiterung bringt jedoch auch die Erfordernis, kontinuierlich Überlegungen hinsichtlich der Studienarchitektur anzustellen, um die Politikwissenschaft sowohl in Breite als auch Tiefe adäquat zu vermitteln und attraktiv zu halten. Dass das Institut im Hinblick auf Öffentlichkeitswirksamkeit ein gutes Gespür hat, wurde in der Vergangenheit mehrfach bewiesen — Stichwort „Politiker in residence" oder die Gastprofessur von Bundespräsident a.D. Heinz Fischer. Dem Institut ist daher für die vergangenen 40 Jahre ganz herzlich zu gratulieren und für die Zukunft nur das Beste zu wünschen, um die Strahlkraft der Politikwissenschaft in Forschung, Lehre und „third mission" zu erhalten bzw. auszubauen und damit die Universität Innsbruck in ihrer Vielfalt maßgeblich zu bereichern!

Univ.-Prof. Dr.Dr.h.c.mult. Tilmann Märk
Rektor der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Geleitwort des Dekans der Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften

Helmut Staubmann

Auch ohne einer Zahlenmagie zugetan zu sein, sind 40 Jahre Geschichte eines Universitätsinstitutes ein würdiger Anlass innezuhalten, um Bilanz zu ziehen und die großen Linien der Entwicklung, auch der zukünftigen, in den Blick zu nehmen. Aufgrund meines vorgerückten Alters qualifiziere ich mich quasi zum Zeitzeugen für die 40 Jahre Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck, und so möchte ich aus meiner ganz persönlichen Erfahrung und mit Beobachtungen aus der Perspektive einer verwandten Disziplin einige Gedanken entwickeln.

Das Jubiläum führt uns zurück in das Jahr 1977. Ich war damals mitten im Studium der Soziologie an der Universität Wien. Zwei Jahre später kam ich als frisch gebackener Magister der Soziologie an das Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Dort finden sich in meinen Erinnerungen die ersten Bezüge zur Innsbrucker Politikwissenschaft. Das IHS war von Paul Lazarsfeld und Oskar Morgenstern gegründet worden, um die in den USA erfolgten Entwicklungen moderner Sozialwissenschaften nach Österreich zu bringen. Mit dem IHS als außeruniversitärer Institution war die Erwartung verbunden, dass sich dieser neue Geist in der Folge an den Universitäten durchsetzen würde. Ich habe diese Umbruchs- und Aufbruchstimmung noch genau so erlebt. Und ein Name, der zu meiner Zeit am IHS noch präsent war, war der von Anton Pelinka. Anton Pelinka war bereits in der Frühzeit des IHS (1965/66) als Scholar für Politikwissenschaft am IHS und dann in den 70er Jahren auch als Assistent dort tätig. Paul Lazarsfeld — ich zitiere jetzt Anton Pelinka — war „einer der einflussreichsten Sozialwissenschafter des 20. Jahrhunderts“. Das Zitat stammt aus seinem Beitrag in dem von mir mitherausgegebenen Band *Kritische Theorie und Gesellschaftsanalyse*, der Festschrift für Kollegen Max Preglau aus dem klar hervorgeht, dass Paul Lazarsfeld auch für ihn ein Vorbild und Wegbereiter für ein zeitgemäßes Wissenschaftsverständnis war.

Ich erinnere mich dann noch an die Reise zu meinen Dienstantritt, das war Herbst 1981, von Wien nach Innsbruck. Ein Absolvent der Universität

Innsbruck und danach Politikwissenschaft-Scholar am IHS hat mich in seinem Auto mitgenommen und mich mit seinen Schilderungen quasi auf die Situation an der Universität Innsbruck eingestimmt. Er kam immer wieder auf „Anton" zu sprechen, für mich damals eine etwas ungewöhnliche Benennung für den Vorstand eines Universitätsinstitutes, die aber ganz den Gepflogenheiten des Umgangs zwischen Lehrenden und Scholaren am IHS entsprach.

Für mich haben sich aus dieser Vorgeschichte zwei Linien verwoben, die mein Bild des Institutes für Politikwissenschaft prägten: Zum einen die wissenschaftliche Aufbruchsstimmung eines neuen und modernen Selbstverständnisses der Sozialwissenschaften und außerdem auch eine Veränderung der universitären Kultur. Die Politikwissenschaft, wie wir etwas verkürzt sagten, stand für eine Kultur kollegial-ebenbürtiger Beziehungen zu Studierenden und zu MitarbeiterInnen, einer Demokratisierung der universitären Organisation — alles Veränderungen, die uns in der Summe dem Ideal einer *universitas* im originären Wortsinne näher brachten.

Das universitäre Leben war in den letzten 40 Jahren dramatischen Veränderungen unterworfen. Die wichtigsten Veränderungen waren wohl die digitale Revolution und, damit verbunden, die Globalisierung. Wenn ich die Veränderungen etwas überzeichnen darf — in der Soziologie sagen wir dazu Bildung von Idealtypen, was entschieden besser klingt —, dann würde ich sagen: Es war eine Entwicklung von einer regionalen Schreibmaschinenwissenschaft hin zu einer global-kompetitiven Computer- und Internetwissenschaft. Veränderungen in der Umwelt der Universität führen aber keineswegs automatisch zu Veränderungen in der Organisation und im Leben der Universität, es bedarf dazu einer Kreativität und bewussten Anstrengung und hier, denke ich, hat das Institut für Politikwissenschaft Vorbildliches geleistet. Die Leistungen umfassend darzustellen ist hier nicht der Platz, aber ein Beispiel, das ich jetzt insbesondere aus der Perspektive unserer fakultären Bemühungen für eine neue Publikationskultur eindrucksvoll empfunden habe, ist der Transfer der SSCI gelisteten *Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft* als *open-access* Journal an die Universität Innsbruck. Wir hoffen, dass es der *Österreichischen Zeitschrift für Soziologie* gelingen wird, hier nachzuziehen.

Der Aufbau der Innsbrucker Politikwissenschaft als Fach, des Institutes und danach der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie ist unbestritten das große Verdienst von Anton Pelinka. Ich erinnere mich an viele Details von Begegnungen, die freundschaftlich aufgeschlossen mir persönlich und meinem Fach gegenüber waren, auch den verantwortungsvollen Umgang und die Förderung junger KollegInnen für ihre wissenschaftliche Entwicklung und ihre Karriere habe ich in guter Erinnerung. Nun empfinde ich es als besonders ehrenvoll, dass ich als Dekan seine Nachfolge antreten durfte.

Ein besonderes Anliegen ist es mir auch, die Leistungen der Nachfolger von Anton Pelinka als Institutsleiter zu würdigen. Nachdem ich selbst mehrere Jahre die Leitung des Soziologie-Institutes innehatte, weiß ich, dass die Institutsleitung eine aufopfernde Leistung für das Fach und unsere Universität darstellt. Max Weber hat in seiner berühmten Rede „Wissenschaft als Beruf" resümierend gemeint: „Das akademische Leben ist also ein wilder Hazard". Was diese Worte wirklich bedeuten, weiß man erst, wenn man Institutsleiter war. Ferdinand Karlhofer hat 13 Jahre das Institut geleitet. Über diese, vornehm ausgedrückt, laboröse Aufgabe hinaus war er eine Säule in der wissenschaftlichen Produktivität des Fachbereiches und hat das Fach und damit unsere Fakultät ganz in der Tradition von Anton Pelinka auch in der medialen Öffentlichkeit vertreten.

Mit Martin Senn hat sich das Institut für Politikwissenschaft einen Institutsleiter gewählt, der, so die bisherige Erfahrung, die Tradition fortsetzt. Unter seiner Leitung muss das Institut für Politikwissenschaft sich der nunmehr beginnenden Zukunft der nächsten 40 Jahre stellen, eine Zukunft, die eine mindestens ebenso radikale Veränderung mit sich bringen wird wie die vergangenen 40 Jahre. Wie die Zukunft aussehen wird, wissen wir nicht, wir sind ja Wissenschaftler und keine Propheten, aber sie wird gewiss jede Menge an Herausforderungen mit sich bringen.

Nun drängt es mich zum Abschluss, noch etwas Abstraktes anzumerken, sozusagen aus meiner Profession als soziologischer Theoretiker. Es liegt nahe bei einer Betrachtung der letzten 40 Jahre, die fundamentalen *Veränderungen* innerhalb und außerhalb des Wissenschaftsbetriebes in den Fokus zu nehmen, so wie man bei jedem Geburtstag eines Kindes staunt, um wie viele Zentimeter es wieder gewachsen ist. Wenn man beim Fluss aber nur das Fließen sieht, landet man in einer Einseitigkeit, der bereits der alte griechische Philosoph Heraklit zum Opfer gefallen ist. So wie ein Fluss, so baut auch unser universitäres Leben nämlich ganz entschieden auf Konstanten auf.

Die großen Veränderungen betrafen die Mittel unserer Arbeit und sie haben uns viele Vorteile gebracht. Über die Mittel, so wichtig sie sind, sollte man aber nicht auf die Zwecke vergessen und die haben sich in der Wissenschaft in der Zeit seit Platon oder Aristoteles nicht verändert. Hier sehe ich zwei Konstanten. Die eine ist die Verantwortung für die Studierenden, die sich uns anvertrauen. Die Quantität der Verantwortung lässt sich ermessen an der Zahl derer, die ein Studium für Politikwissenschaft absolviert haben, das sind mittlerweile mehr als 2.500 Absolventinnen und Absolventen. Eine weitere Konstante liegt im Prinzip der Bindung an wissenschaftliche Rationalität und damit an den Zentralbegriff jeder Wissenschaft, nämlich den der Wahrheit. Jacques Derrida hat in einem Vortrag an der Standford University einmal gemeint: „Die Universität macht die Wahrheit zum Beruf – und sie bekennt sich zur Wahrheit, sie legt ein Wahrheitsgelübde ab. Sie erklärt und gelobt öffentlich, ihrer uneingeschränk-

ten Verpflichtung gegenüber der Wahrheit nachzukommen." Das sehe ich auch so.

Die große Frage aber, die wir damit zu lösen haben, lautet: Wie finden wir die Wahrheit? Die Antwort, die sich darauf in praktisch allen wissenschaftstheoretischen Positionen findet, lautet: Man muss die Wahrheit dort suchen, wo man sie am ehesten findet — ich erkläre das meinen Studierenden üblicherweise anhand des Schwammerl-Suchens — präziser müsste man aber sagen, man muss die Wahrheit dort suchen, wo man sie vermutet. Man nennt das dann in der Fachsprache Hypothesenbildung. Wer mich kennt, weiß, dass ich gewiss keinem postmodernen Relativismus das Wort rede, ich bin jedoch aufgrund langjähriger Erfahrung zur Auffassung gekommen, dass sich die Vermutung über den Verbleib der Wahrheit je nach Tageszeit unterschiedlich darstellt. Und am Abend pflege ich mich der Meinung der alten Römer anzuschließen, die ihre Vermutung mit der berühmten These zum Ausdruck brachten: *veritas est in vino*, besser bekannt in der korrekteren lateinischen Formulierung als: *in vino veritas*. In diesem Sinne: Ein Prosit auf unser Institut für Politikwissenschaft, seine Errungenschaften der vergangenen 40 Jahre und eine gewiss ebenso erfolgreichen Zukunft!

Univ.-Prof. Dr. Helmut Staubmann
Dekan der Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften

Vorwort

Martin Senn

Bekanntermaßen sind Jubiläen nicht nur ein guter Grund zu feiern, sondern auch eine passende Gelegenheit, um über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu reflektieren. Und so nehmen die Beiträge dieser Festschrift das 40-Jahr-Jubiläum der Gründung des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck zum Anlass, sich aus verschiedenen Perspektiven mit seiner Entstehung und bisherigen Entwicklung auseinanderzusetzen. Ich möchte an dieser Stelle jedoch den Blick nach vorne richten und einige Gedanken zur zukünftigen Entwicklung unseres Instituts formulieren. Ein solcher Blick in die Zukunft ist umso mehr geboten, als das Institut einer Reihe von Entwicklungen gegenübersteht, die vielerlei Möglichkeiten und Herausforderungen für seine Zukunft mit sich bringen.

Die erste Entwicklung ist eine Pensionierungswelle der Gründer- und Aufbaugeneration des Instituts, die das Fach der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck (nicht selten gegen erhebliche Widerstände) unverrückbar institutionalisiert sowie den Charakter des Instituts in Forschung und Lehre maßgeblich geprägt hat. Diese Generation wird bis zum Jahr 2022 zur Gänze in den wohlverdienten Ruhestand getreten sein, wodurch eine substanzielle Transformation der Personalstruktur ihren Höhepunkt erreicht. Angesichts dieses personellen Wandels gilt es, traditionelle Schwerpunktsetzungen wie etwa jene der Forschung zur politischen Kommunikation und zum Föderalismus zu bewahren und diese gleichzeitig an neue Gegebenheiten anzupassen.

Die zweite Entwicklung stellt der Wandel der disziplinären Publikationskultur sowie der Finanzierung akademischer Forschung dar. In der Politikwissenschaft des deutschsprachigen Raumes lässt sich — mit einiger Verzögerung — mittlerweile eine eindeutige Verlagerung der Publikationstätigkeit auf (internationale) Fachzeitschriften mit anonymisiertem Begutachtungsverfahren erkennen. In diesem Zusammenhang haben in letzter Zeit auch *open-access* Formate vermehrte Aufmerksamkeit und Unterstützung aus der *scientific community* erhalten. Diesem Wandel tragen bereits die Möglichkeit zur Einreichung kumulativer Dissertationen

an unserem Institut sowie das neue Format der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) Rechnung, die als begutachtete Fachzeitschrift im *open-access* Format bei innsbruck university press (iup) erscheint. Auch der Bereich der Forschungsfinanzierung unterliegt einem nachhaltigen Wandel in Richtung eines steigenden Anteils an Projekten, die von externen Fördergebern wie dem Wissenschaftsfonds (FWF) oder dem European Research Council (ERC) getragen werden.

Ich möchte an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass es für diese Entwicklungen natürlich nicht nur Beifall, sondern auch Kritik gibt. Aus meiner Sicht ist diese Kritik teilweise gerechtfertigt, teilweise ist sie jedoch auch überzogen und ideologisch motiviert. Dies ist nicht der Ort für eine detailreiche Auseinandersetzung mit dem Für und Wider des Wandels in der Publikationskultur und der Forschungsfinanzierung. Dennoch sei gesagt, dass uns dieser als Faktum gegenübersteht und wir weder gut daran täten, uns ihm zu verschließen, noch ihn gänzlich ohne Reflexion hinzunehmen. Vor allem aber haben wir die Verantwortung, den wissenschaftlichen Nachwuchs angemessen auf diese Entwicklung vorzubereiten.

Die dritte Entwicklung liegt schließlich in den politischen Umwälzungen unserer Zeit, etwa in Form erstarkender populistischer und antidemokratischer Bewegungen, einer drohender Desintegration Europas oder dem Wanken der Vereinigten Staaten als hegemoniale Ordnungsmacht im internationalen System. Aber auch die fortschreitende Digitalisierung des Politischen, allem voran der politischen Kommunikation, ist eine Entwicklung, die mit enormen Möglichkeiten (für politische Akteure und ForscherInnen) aber auch mit Risiken verbunden ist, wie etwa Präsident Trumps Twitter-Diplomatie oder Erkenntnisse über die Verwendung von Facebook-Daten in politischen Kampagnen zeigen. Diese Entwicklungen bedürfen einer Politikwissenschaft, die sich in innovativer Art und Weise mit den großen und brennenden Fragen unserer Zeit beschäftigt und sich nicht scheut, auf Basis ihrer Erkenntnisse zu diesen Fragen in der öffentlichen Debatte Stellung zu beziehen. Mit anderen Worten: Es braucht eine wissenschaftlich innovative und gesellschaftlich engagierte Politikwissenschaft. Um aus gesellschaftlichem Engagement aber auch tatsächlich gesellschaftliche Relevanz hervorzubringen, bedarf es nicht zuletzt vielfältiger Formen der Aufbereitung und Zielgruppen-orientierten Dissemination von Forschungsergebnissen, also eines aktiven Brücken-Bauens und Übersetzens zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

Um mit den Herausforderungen und Möglichkeiten dieser Entwicklungen bestmöglich umzugehen und das Profil in der akademischen Forschung und Lehre weiter zu verbessern, muss sich das Institut aus meiner Sicht in den kommenden Jahren an vier zentralen Zielen ausrichten:

Das erste Ziel ist die Erhaltung des Pluralismus an Ansätzen und Themen in der akademischen Forschung und Lehre. Innovative Forschung benötigt ein wertschätzendes und produktives Miteinander verschiede-

ner Denkschulen sowie ein möglichst umfassendes Spektrum von Methoden zur Erhebung und Analyse von Daten. Dieser Pluralismus in der Forschung und ein ausgewogener Fokus auf Themen der supranationalen, internationalen, nationalen, regionalen und lokalen Politik sind zudem wesentliche Voraussetzungen für hochwertige und gesellschaftlich relevante Lehre. Um die gesellschaftliche Relevanz der akademischen Ausbildung sicherzustellen, muss Pluralismus nicht zuletzt auch als Mischung von wissenschaftlichen und praxis-orientierten Inhalten in der Lehre verstanden werden. So gilt es, durch GastprofessorInnen und externe Lehrende aus der Politik, der öffentlichen Verwaltung, der Diplomatie oder den Medien weiterhin Brücken zwischen der Universität und verschiedenen Berufsfeldern unserer AbsolventInnen zu bauen.

Das zweite Ziel ist die konsequente Ausrichtung an internationalen Standards wissenschaftlicher Exzellenz. Hierunter fällt zunächst der bereits erwähnte Fokus auf Veröffentlichungen in (internationalen) Fachzeitschriften mit anoymisiertem Begutachtungsverfahren. Dieser Fokus sollte keineswegs als Geringschätzung des Buches als traditionelle Form der politikwissenschaftlichen Publikation verstanden werden. Vielmehr trägt er dem Umstand Rechnung, dass die neuesten Erkenntnisse politikwissenschaftlicher Forschung mittlerweile größtenteils über den Weg der Fachzeitschrift (und sogar davor in Form von *working papers*) kommuniziert und debattiert werden. Möchte man an dieser (schnelllebigen Form der) Debatte aktiv teilnehmen, so gilt es auch die entsprechenden Kanäle der Publikationstätigkeit zu wählen sowie deren Anforderungen zu kennen und zu meistern. Vor allem aber muss sich das Institut in den kommenden Jahren bemühen, den Anteil an drittmittelfinanzierter Forschung zu erhöhen. Nicht aus Eitelkeit oder Sportsgeist, sondern schlicht und einfach, um dem wissenschaftlichen Nachwuchs — vor allem auf Ebene der PhD-KandidatInnen — bessere Rahmenbedingungen bieten zu können.

Ein wesentlicher Baustein wissenschaftlicher Exzellenz ist methodologische Kompetenz. Um diese an unserem Institut nachhaltig zu stärken wird im ersten Halbjahr 2018 eine Qualifizierungsstelle mit einer Akzentuierung im Bereich der quantitativen Methoden der Politikwissenschaft besetzt, die als Impulsgeber für den weiteren Ausbau des Forschungsbereichs „Methodologie und Methoden der Politikwissenschaft“ dienen soll. Diese Stelle und der breitere Forschungsbereich werden längerfristig ein Instituts-internes Kompetenzzentrum für innovative politikwissenschaftliche Forschungsdesigns schaffen und damit auch eine erstklassige Ausbildung unserer Studierenden sicherstellen.

Das dritte Ziel ist der Ausbau der Vernetzung des Instituts innerhalb und außerhalb der Universität Innsbruck. Nach innen gilt es die erfolgreiche Integration in das Forschungsschwerpunkt-System der Universität Innsbruck weiterzuführen und zu vertiefen. Seit der Einführung dieses Systems hat sich eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen unseres Insti-

tuts in verschiedenen Forschungszentren und -plattformen engagiert. Zu nennen sind hierbei vor allem die Forschungszentren „Föderalismus“ und „Spheres of Governance“ — letzteres wurde von KollegInnen unseres Instituts im Jahr 2016 als Nachfolger des Forschungszentrums „Governance and Civil Society“ neu gegründet und konnte mittlerweile auch ein eigenes Doktoratskolleg einrichten — sowie die Forschungsplattformen „Geschlechterforschung“ und „Organizations and Society“.

Ein zentrales Element der stärkeren Integration wird die Qualifizierungsstelle „Political Communication & Digital Complexity“ darstellen, die unserem Institut im Zuge eines kompetitiven Bewerbungsverfahrens vom Rektorat der Universität Innsbruck genehmigt wurde und im Laufe des Jahres 2018 besetzt werden wird. Neben der Stärkung des Forschungsbereichs „Politische Kommunikation“ am Institut für Politikwissenschaft sowie des Forschungszentrums „Spheres of Governance“ wird diese Stelle vor allem eine wichtige Brückenfunktion zu anderen Forschungszentren wie „Digital Humanities“ oder „Organization Studies“ sowie anderen Disziplinen wie etwa der Sprachwissenschaft wahrnehmen.

Nach außen gilt es schließlich, die Zahl der internationalen GastforscherInnen an unserem Institut zu erhöhen, da diese nicht nur eine Bereicherung für das Institutsleben darstellen, sondern ebenfalls Anknüpfungspunkte für Forschungskooperation bieten und das Lehrangebot des Instituts bereichern. Vor allem aber wird die Austragung der *ECPR General Conference*, der größten politikwissenschaftlichen Fachtagung in Europa, im Spätsommer 2020 maßgeblich zur internationalen Vernetzung und Bekanntheit des Instituts beitragen. Zwar können das Institut und die Fakultät auf Erfahrungen zurückgreifen, die im Zuge der Organisation der *ECPR Graduate Conference des Jahres 2014* gemacht wurden, aber dennoch bleibt die Planung und Durchführung dieser wissenschaftlichen Großveranstaltung eine große und damit sehr lohnenswerte Herausforderung. Nicht zuletzt sollte das Knüpfen von institutionellen Partnerschaften im Bereich der Forschung und Lehre in den kommenden Jahren einen größeren Stellenwert einnehmen.

Das vierte Ziel ist schließlich, den Transfer politikwissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft zu stärken. Diese sogenannte „third mission“ ist gerade in Zeiten des schwindenden Vertrauens in den Prozess und die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung sowie angesichts antidemokratischer Tendenzen inner- und außerhalb Europas unabdingbar. Zusätzlich zu individuellen Initiativen von Kolleginnen und Kollegen, die traditionell ein wichtiges Element der „third mission“ unseres Instituts darstellen, setzt das Institut hierbei vor allem auf zwei Formen des Wissenstransfers. Eine erste Form ist die Vermittlung von politikwissenschaftlichen Forschungsprozessen und Erkenntnissen über das Internet und soziale Medien. So verfügt das Institut mittlerweile über einen Blog, der in die neu gestaltete Webseite integriert ist, sowie über Accounts auf Face-

book, Twitter und Instagram. Mittel- und längerfristig werden noch weitere Kommunikations-Kanäle und Formate der Wissenschaftskommunikation getestet und eingesetzt werden. Eine neu geschaffene Stelle wird in den kommenden Jahren einen maßgeblichen Beitrag zur professionellen Gestaltung und strategischen Ausrichtung der Wissenschaftskommunikation unseres Instituts leisten.

Eine zweite Form findet sich in der politischen Bildung, die seit jeher ein integraler Bestandteil unseres Instituts ist und — wie der Beitrag von Reinhold Gärtner in dieser Festschrift zeigt — auf eine Vielzahl von Aktivitäten verweisen kann. So wurde etwa im vergangenen Herbst der erste „SchülerInnen-Tag" des Instituts organisiert, an dem sich mehr als 150 Schülerinnen und Schüler in fünf Workshops über aktuelle politische Themen informieren konnten. Der Bereich der politischen Bildung wird in den nächsten Jahren zu Gänze von Pensionierungen betroffen sein. Es ist daher wichtig, durch entsprechende Maßnahmen in der Personalplanung sicherzustellen, dass dieser Pfeiler unserer Transferleistung erhalten bleibt und längerfristig gestärkt wird.

Nach diesen Ausführungen zur Zukunft unseres Instituts werden sich die nachfolgenden Beiträge nun ausführlich mit dessen Geschichte und Gegenwart beschäftigen. Sie beschreiben eindrucksvoll die Gründungswehen des Instituts, seine räumliche Entwicklung, seine Persönlichkeiten und die persönlichen Erfahrungen seiner MitarbeiterInnen, seine Atmosphäre und auch seine Konflikte. Wie alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens und –arbeitens, so ist auch die Universität ein Raum der Interessengegensätze und Konflikte, also letztlich ein politischer Raum. Anton Pelinka spricht in seinem Beitrag deshalb auch nicht zufällig von einer „Politik der Politikwissenschaft". Und so wird auch der Politik und den Konflikten in dieser Festschrift der nötige Raum gegeben.

Am Ende dieser Zeilen möchte ich noch ein Wort des Dankes an alle richten, die unser Institut auf- und ausgebaut, geprägt und menschlich bereichert haben. Ein solch starkes Fundament kann uns Kolleginnen und Kollegen wie auch unsere Studierenden mit Freude und Zuversicht auf die zukünftige Arbeit blicken lassen.

assoz.-Prof. Dr. Martin Senn
Leiter des Instituts für Politikwissenschaft

Teil I

Geschichte und Gegenwart der Politikwissenschaft in Innsbruck

Die ersten vierzig Jahre

Anton Pelinka

Für mich begann, beginnt die Geschichte des Instituts mit meiner Berufung zum o.Univ.-Prof. für Politikwissenschaft an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck. Es war das Jahr 1975 — das Jahr, in dem das Universitätsorganisationsgesetz (UOG 1975) gegen heftigen Widerstand nicht nur der parlamentarischen Opposition im Nationalrat, sondern auch der meisten sich politisch artikulierenden Professoren an den österreichischen Universitäten beschlossen wurde.

Das UOG 1975 erweiterte die bis dahin ausschließlich von den Professorinnen und Professoren wahrgenommene universitäre Autonomie um die Mitbestimmung der Assistentinnen und Assistenten („Mittelbau"), der Studentinnen und Studenten und des nicht wissenschaftlichen Personals. Das UOG 1975 brachte auch die Teilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultäten. Die Professoren (eine Professorin gab es damals nicht) der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Innsbruck konnten sich nun einer der beiden Nachfolgefakultäten zuordnen lassen. Das geschah bei den Vertretern rechtswissenschaftlicher Fächer ebenso problemlos wie bei den Professoren der Volks- und der Betriebswirtschaft. Bei mir als einzigem Vertreter der Politikwissenschaft war das nicht a priori klar.

Die Politik der strategischen Allianzen

Es gab die Erwartung, dass ich mich der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zuordnen würde — und dem seit 1940 bestehenden „Institut für Politik und Öffentliches Recht". Doch eben das tat ich nicht — mit Berufung auf eine Absprache mit Peter Gerlich, der sich an der Universität Wien in einer analogen Situation befand, ließ ich mich der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zuordnen. Und 1976, 1977 war der formelle Status, dem ich unterstellt war, der einer „Lehrkanzel für die Wissenschaft von der Politik". Da das UOG 1975 aber keine „Lehrkanzeln", sondern nur Institute als Organisationseinheiten unterhalb der Fakultätsebene kannte,

wurde 1977 aus dieser Lehrkanzel das Institut für Politikwissenschaft — das mit Abstand kleinste Institut der Fakultät.

Dieses Institut betreute das Wahlfach Politikwissenschaft für Studierende der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Rechtswissenschaften. Der eigentliche Abschied vom Orchideenfach kam ein knappes Jahrzehnt später, als die Studienrichtung Politikwissenschaft, die es bis dahin in Österreich nur an den Universitäten Wien und Salzburg gegeben hatte, auch an der Universität Innsbruck eingerichtet wurde. Die Innsbrucker Politikwissenschaft hatte damit einen Prozess des institutionellen *mainstreamings* abgeschlossen.

Der Durchbruch von einem kleinen Institut, das für die Betreuung eines Wahlfaches zuständig war, zu einer Studienrichtung war auf erheblichen Widerstand gestoßen — innerhalb der Universität Innsbruck, aber auch von außerhalb (etwa von einigen Vertretern der Salzburger Politikwissenschaft). An der Universität Innsbruck konnte die Zustimmung zur Studienrichtung nur gegen eine Mehrheit der Professoren an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät durchgesetzt werden — durch ein Bündnis mit dem „Mittelbau", den Studierenden und der „vierten Kurie". Von einer Minderheit der Professoren gab es wohlwollende Unterstützung — wie etwa von Julius Morel (Soziologie), Christian Smekal (Finanzwissenschaft), Hans Hinterhuber und Stephan Laske (beide Betriebswirtschaftslehre).

Das Zusammenspiel der verschiedenen Kurien auf Institutsebene war jedenfalls ein interessantes politikwissenschaftliches Praktikum — eben weil der Ausbau des Instituts und die Durchsetzung der Studienrichtung nicht in einem interessenfreien Raum erfolgte, sondern in Form von Auseinandersetzungen mit Positionen, hinter denen Interessen (bezogen auf Ressourcen) und auch Vorurteile standen – letztere gerichtet gegen die angeblich so „linke", angeblich so „revolutionäre" Politikwissenschaft. Es brauchte Jahre, insgesamt etwa zwei Jahrzehnte — und eine vielfältige Palette verschiedenster universitätsinterner politischer Strategien, um das Institut zu der Größe weiter zu entwickeln, die es am Beginn des 21. Jahrhundert erreicht hatte. Die Entwicklung der Innsbrucker Politikwissenschaft in den ersten zwanzig, fünfundzwanzig Jahren kann man auch als Lehrbeispiel für eine Politik der Politikwissenschaft sehen.

Die Politik der Besetzung von Nischen

Bei dieser Entwicklung war hilfreich, dass das Institut Nischen instrumentieren wollte und konnte, die ganz allgemein als wichtig galten — auch unabhängig von der Einstellung zur Politikwissenschaft generell und der Innsbrucker Politikwissenschaft speziell. Das Institut zeigte immer sofort auf, sobald sich zukunftsweisende Themenfelder ergaben, die von der und für die Politikwissenschaft zu besetzen waren. Das Institut übernahm

diese Nischen und damit unbestreitbar wichtige Aufgaben. Das Institut machte sich so nützlich — und stärkte seine Position. Diese Politik der Nischen beförderte das Wachstum des Instituts. Und diese Nischen sind in der Struktur des Instituts auch heute noch erkennbar. Zu diesen Nischen zählten:

Politische Bildung: In den 1970er Jahren wurde — bezogen auf das österreichische Schulsystem — das, was früher „Staatsbürgerkunde" genannt worden war, als Politische Bildung neu aufgebaut. Der Anteil der Innsbrucker Politikwissenschaft an der Aus- und vor allem der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die Politische Bildung (etwa im Rahmen des „Unterrichtsprinzips Politische Bildung") unterrichten sollten, war von Anfang an österreichweit erkennbar und half mit, das Institut auch universitätsintern verstärkt zu legitimieren.

Medien: Da die Universität Innsbruck — anders als die Universitäten Wien oder Salzburg — keine Studienrichtung (und auch kein Institut) für Publizistik und Kommunikation hatte, machte das Institut für Politikwissenschaft diesen Themenbereich zu seinem eigenen — durch curriculare Schwerpunktsetzungen und ein systematisches Lehrangebot, das immer auch einen Praxisbezug hatte, etwa in Form der Einbindung von Personen aus der Medienwelt als Lektorinnen und Lektoren.

Transformation von Systemen sowjetischen Typs: In den 1980er Jahren gelang es, Zdeněk Mlynář an das Institut zu binden — zunächst als Gastprofessor, dann als regulären Professor. Mit ihm, den in Theorie und Praxis international ausgewiesenen Kenner der UdSSR und anderer Staaten des Warschauer Paktes, erreichte das Institut auch besondere internationale Bekanntheit — etwa als Mlynář in den späten 1980er Jahren als Kenner (wohl auch Freund) der ja zunächst schwer einzuschätzenden Person Michael Gorbatschow von den Medien der Welt befragt und auch von Regierungen (etwa der USA) konsultiert wurde.

Gender: Im Zusammenhang mit dem, was unscharf die „zweite Frauenbewegung" genannt wurde, positionierte sich das Institut mit einem Schwerpunkt, der die wachsende politische Relevanz der Geschlechterdifferenz beobachtete, analysierte und auch Lehrinhalt wurde. Das Institut konnte, in der Person Erna Appelts, schließlich einen gesamtuniversitären Schwerpunkt in Form eines interdisziplinären Studienganges auf- und ausbauen. Das Institut hatte sich Kompetenz erworben — und damit eine Position aufgebaut, die über das Institut hinaus Bedeutung gewinnen konnte.

Europa: In der Person Heinrich Neissers, der zunächst als Jean Monnet (Gast-) Professor, dann als regulärer Professor am Institut unterrichtete, erweiterte das Institut vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union seine Kompetenz. Damit wurde unterstrichen, dass eine politikwissenschaftliche Lehrtätigkeit im 21. Jahrhundert an ei-

ner österreichischen Universität das Thema der europäischen Integration zentral zu berücksichtigen hat.

Alle diese Nischen wiesen und weisen weiterhin eine Eigenschaft auf: die der strukturellen Nachhaltigkeit. In der personellen Struktur des Instituts heute, mehr als vier Jahrzehnte nach seiner Gründung, kommt diesen Bereichen dauerhafte Bedeutung zu. Aus strategisch besetzten Nischen wurden Felder systematischer Forschung und Lehre.

Die Politik der Offenheit

Die Entwicklung des Instituts war durch eine Offenheit nach innen und nach außen gekennzeichnet. Die Offenheit nach innen äußerte sich in einer buchstäblichen Offenheit der Türen — gegenüber Studierenden etwa, die ganz andere Fächer studierten, aber Interesse an einer bestimmten Frage oder an einer bestimmten Vorlesung hatten. Offenheit galt auch in Form maximaler Transparenz interner Entscheidungsfindung: Formelle Gremien (etwa die Institutskonferenz) und informelle Gremien (etwa eine spezielle „task force") waren immer Orte offener Debatten, an denen alle vier „Kurien" (im Sinne der Terminologie des UOG 1975) beteiligt waren.

Das hatte gelegentlich auch Nachteile: Sobald sich herumgesprochen hatte, dass am Institut in einer offenen Form Ziele formuliert und Aufgaben verteilt wurden, konnten auch diejenigen, die (zumeist außerhalb des Instituts) bestimmten Entwicklungen ablehnend gegenüberstanden, Gegenstrategien entwickeln. Doch diese Offenheit nach innen hin hatte insgesamt große Vorteile — auch und gerade im Hinblick auf das Sammeln von Erfahrungswerten für Studierende. Eine Studentin, in den 1980er Jahren aktiv in diese Prozesse eingebunden — Eva Lichtenberger —, wurde bald danach Landtagsabgeordnete, Landesrätin, dann Abgeordnete zum Nationalrat und schließlich Mitglied des Europäischen Parlaments. Die Politik der Politikwissenschaft war offensichtlich eine nutzbare Erfahrung.

Die Offenheit des Instituts beinhaltete auch, dass bestimmte Errungenschaften des UOG 1975 umgesetzt wurden — anders als bei manchen anderen Instituten. Das betrifft auch die Habilitation, die in der Tradition der österreichischen Universitätslandschaft jedenfalls bis 1975 eine Art Gnadenakt im rechtsfreien Raum war. Am Institut für Politikwissenschaft konnte jede Person mit der im Gesetz vorgesehenen Qualifikation (einem einschlägigen Doktorat) nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch einen Antrag auf die Verleihung der Lehrbefugnis stellen und damit ein faires Verfahren in Gang setzen. Das war nicht immer unumstritten, das lief nicht immer ohne Konflikte ab. Aber das Institut leistete so einen Beitrag zur Entfeudalisierung der Universität.

Das Institut verfolgte auch eine Politik der Offenheit nach außen: In den ersten Jahrzehnten verbrachten nahezu alle hauptberuflich am Institut Lehrenden Gastsemester an ausländischen (vor allem US-amerikanischen)

Universitäten. Und die Reihe der am Institut lehrenden Gastprofessoren brachte Internationalität in das Lehrangebot: durch die Lehrtätigkeit von Werner Feld, Charles Hadley, Andrei Markovits, Robert Jackson und anderen.

Die Offenheit nach außen hin wurde auch durch das Austrian Student Program (ASP) vermittelt: Jahrzehnte hindurch organisierte das Institut (in der Person von Ellen Palli) ein interdisziplinäres Programm von Kurzstudien an der University of New Orleans. Hunderte Studierende aus Österreich (und auch aus anderen Ländern) erweiterten so ihre Erfahrungen mit einem Programm, das vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck ausging.

Die Politik des „mainstreamings"

Die Politikwissenschaft in Österreich und speziell auch die an der Universität Innsbruck hatte von Anfang an mit den verschiedensten Missverständnissen zu kämpfen. Dies war auch Folge der Verspätung der Disziplin und der verfestigten Interessen, die bis in die 1970er Jahre hinein den Wissenschaftsbetrieb und die Universitäten in Österreich dominierten. Die Politikwissenschaft war ein lästiger „newcomer", sie wurde auch oft mit einer revolutionären Gesinnung identifiziert, die in Österreich (wie auch anderswo) mit der Jahreszahl 1968 identifiziert wurde.

In der Zwischenzeit ist eine Beruhigung eingetreten: Überzogene Befürchtungen und Erwartungen haben sich als übertrieben herausgestellt. Die Politikwissenschaft ist im „mainstream" des universitären Lebens angekommen. Gerade deshalb sollte sie als Disziplin sich aber immer ihrer besonderen Funktionen bewusst sein.

Politikwissenschaft ist Erfahrungswissenschaft — und nicht Meinungswissenschaft: Dass politisches Engagement, dass politische Parteinahmen auch und gerade für Frauen und Männer in der Politikwissenschaft legitim und eigentlich selbstverständlich sind, das ist das eine. Aber die Politikwissenschaft muss sich vor dem „conviction bias" hüten — vor der zumeist unbewussten Vermengung von festen Meinungen, die nur zu oft Wunschdenken beinhalten auf der einen Seite; und der nüchternen Erkenntnis und der darauf bauenden Analyse andererseits. Diese Trennung wird nicht immer perfekt gelingen — aber sie ist eine immer wieder in Erinnerung zu rufende, eine herausfordernde Aufgabenstellung. Die Politikwissenschaft erfüllt ihre Aufgabe nicht, die immer nur nach der Bestätigung feststehender Überzeugungen sucht. Politikwissenschaft ist Demokratiewissenschaft: Wissenschaft braucht Freiheit — des Forschens und des Lehrens. Politikwissenschaft braucht diese Freiheit im Besonderen. Mit der Sicherung der Freiheit sind natürlich nicht die Probleme der Institutionalisierung und der damit verbundenen finanziellen Abhängigkeit gelöst. Aber ohne Freiheit ist auch eine optimal finanzierte „Politikwissenschaft"

keine Politikwissenschaft — sie wird zu einem akademisch firmierten PR-Betrieb eines politischen Regimes. Und diese Freiheit kann — das ist jedenfalls das vorhandene Erfahrungswissen – nur eine liberale Demokratie in all ihren Unvollkommenheiten bieten. Solange es die UdSSR gab, solange Vertreterinnen und Vertreter eines als Politikwissenschaft etikettierten sowjetischen Forschungsbetriebes an den Konferenzen der IPSA (der International Political Science Association) teilnahmen (von mir beobachtet in Rio 1982, in Paris 1985, in Washington 1988), waren die sowjetischen Beiträge mehr oder weniger gut vorgetragene Pflichtübungen in Marxismus-Leninismus.

Eine Politikwissenschaft als Erfahrungswissenschaft, die unter den Bedingungen einer (immer unvollkommenen) Demokratie arbeitet, leistet einen Beitrag zur Aufklärung. Sie kann und soll Zusammenhänge zwischen Sein und Sollen, zwischen Interessen und Werten aufzeigen. Diese Aufgabe wird nie zur Gänze erfüllt sein können. Und deshalb wird die Politikwissenschaft immer gebraucht — und damit auch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck.

Literatur

Waldemar Hummer, 2015, Politikwissenschaft in Österreich – unter besonderer Berücksichtigung der Europapolitik. Innsbruck: StudienVerlag.

Daten und Fakten zur Geschichte des Instituts

Ferdinand Karlhofer, Fritz Plasser und Franz Eder

Einleitung[1]

Die Gründung des Innsbrucker Instituts für Politikwissenschaft vor nunmehr 40 Jahren erfolgte unter den damals für die Etablierung der Disziplin an österreichischen Universitäten generell wenig günstigen Rahmenbedingungen. Dazu zählten allem voran von politischen Interessen geleitete Instrumentalisierungs- und auch Verhinderungsversuche, universitätsinterne Konkurrenz-, Ressourcen- und Positionierungskämpfe, minimale personelle Ausstattung und regulative Beschränkungen der Studienpfade. Daneben gab es nicht selten auch Zweifel an der Objektivität des Fachs sowie eine verbreitete Skepsis hinsichtlich Berufs- und Arbeitsmarktchancen der AbsolventInnen. Spezifisch für Innsbruck war zusätzlich die vergleichsweise spät erfolgende Einrichtung eines eigenen Instituts, dessen Studienangebot überdies zunächst nur als Kombinations- und Wahlfach belegt werden konnte. Erst 1984 wurde das Fach Politikwissenschaft auch in Innsbruck als eigenständige Studienrichtung eingerichtet, während es in Wien und Salzburg bereits seit den siebziger Jahren als Vollstudium etabliert war.

Phasen der Institutionalisierung

Institutsgründung im Schatten der Rechtswissenschaft

In zeitlicher Hinsicht bildete Innsbruck das Schlusslicht unter den drei österreichischen Universitäten mit Instituten für Politikwissenschaft. In Wi-

[1] In einer älteren Version publiziert wurde dieser Text in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (Heft 1/2012): Ferdinand Karlhofer/Fritz Plasser, „Die Innsbrucker Politikwissenschaft: Konsolidierung und Profilbildung". Kürzung und Aktualisierung dieses Beitrags wurden vorgenommen von Franz Eder und Ferdinand Karlhofer.

en war sie zunächst außeruniversitär ab 1963 am IHS verankert; an der juridischen Fakultät der Universität reichen fachverwandte Gebiete wie Staatslehre und Völkerrecht historisch weit zurück, eine eigene Lehrkanzel mit politikwissenschaftlicher Widmung wurde aber erst 1968 eingerichtet. An der Universität Salzburg begann der Prozess Mitte der 1960er-Jahre und mündete 1969/70 in der Gründung eines interfakultären, direkt dem Senat unterstellten Instituts.

Die Gründungsgeschichte der Politikwissenschaft in Innsbruck hat mit jener in Wien die Gemeinsamkeit, dass die Rechtswissenschaften nachgerade eifersüchtig ihre Dominanz über die junge Disziplin zu wahren trachteten. Zwar wurde 1972 eine am Innsbrucker *Institut für Politik und Öffentliches Recht* frei gewordene Professur in „Politikwissenschaft" umgewidmet; der dem Wissenschaftsministerium unterbreitete Dreiervorschlag setzte sich dann aber aus zwei Juristen ohne Fachbezug und einem weiteren Kandidaten, der seine Venia für Politikwissenschaft just an diesem Institut erworben hatte, zusammen. Die Stelle musste neu ausgeschrieben werden, 1975 wurde sie dann mit einem Politologen (Anton Pelinka) besetzt. Die Professur war vorerst keinem Institut zugeordnet, sondern direkt der Rechts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät angegliedert.[2]

Die dem neuen Kollegen zugedachte Rolle im Lehrbetrieb lässt sich am besten wohl mit Marginalisierung und Kontrolle umreißen. Zwar hielt er von Beginn an 6 der insgesamt 21 Wochenstunden im Prüfungsfach „Wissenschaft von der Politik" — den erstmals im Sommersemester 1974 (unmittelbar vor Berufung des neuen Professors) abgehaltenen Grundkurs „Einführung in die Politikwissenschaft" reklamierte aber so wie anfangs auch weiterhin ein Verfassungsrechtler für sich.

Eine spürbare Lockerung der juristischen Dominanz erfolgte mit der Gründung einer *Lehrkanzel für Wissenschaft von der Politik* (ohne Anbindung an ein bestimmtes Institut) und der Zuweisung einer eigenen Assistentenstelle anlässlich der Besetzung der Professur 1975. Im Zuge der 1976 vorgenommenen Trennung von Rechtswissenschaften und Ökonomie, bis dahin unter einem gemeinsamen Dach zusammengefasst gewesen, in eigene Fakultäten für Rechtswissenschaften (REWI) und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (SOWI) wurde die Lehrkanzel der SOWI zugeordnet. Ein Jahr später (1977) wurde dort dann ein eigenes Institut für Politikwissenschaft eingerichtet. Nicht zufällig nahm zum selben Zeitpunkt das Institut für Öffentliches Recht eine Namensänderung vor und nannte sich fortan *Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft* (der Zusatz wurde erst 2006 wieder gestrichen).

---

[2] Diese und einige weitere Präzisierungen zur Gründungsgeschichte des Instituts verdanken wir Anton Pelinka, der zu diesem Thema wohl authentischsten Primärquelle.

Aufbau und Stärkung des Eigenprofils

Mit der Zuweisung einer zweiten Assistentenstelle 1977 und davor schon einer Sekretariatskraft war das Institut nun auch nach außen hin als solches erkennbar. Die Lehre beschränkte sich allerdings, nachdem noch keine eigene Studienrichtung bestand, weiterhin auf Politikwissenschaft als Wahlfach für das betriebswirtschaftliche und das rechtswissenschaftliche Studium. Weitere Planstellen waren auf absehbare Zeit nicht vorgesehen, der Kreis der Lehrenden konnte daher einzig um externe Lektoren erweitert werden, beginnend mit drei bis vier, in der Folge kontinuierlich anwachsend auf zwischen zehn und fünfzehn Personen. Wegen der anhaltend knappen finanziellen Ressourcen musste ein nicht geringer Teil der Lehre extern und nicht-remuneriert, d.h. mit minimaler Entschädigung, abgehalten werden. Nicht unwichtiges Motiv bei einigen langjährigen Externen war dabei die Perspektive, sich zu gegebener Zeit am Institut zu habilitieren. Der erste externe Lehrende erhielt 1984 die Venia, aktuell (Stand 2017) sind dem Institut 16 externe Dozentinnen und Dozenten zugeordnet. Mit dieser Offenheit gegenüber Externen als Absage an eine restriktive Habilitationspraxis gegenüber nicht intramural verankerten Fachkollegen hob und hebt sich Innsbruck von den anderen Standorten in Österreich deutlich — und wie wir meinen: erfreulich positiv — ab.[3]

Auf Planstellen bezogen änderte der Personalstand des Instituts sich bis Ende der 1980er-Jahre wenig. Hervorzuheben ist das Jahr 1986 mit der Einrichtung einer außerordentlichen Professur für Politische Theorie. Im selben Jahr waren neben den beiden Universitätsassistenten vier über Drittmittel finanzierte Vertragsassistenten beschäftigt. Jeweils auf ein Semester befristet, ergänzten im Laufe des Jahrzehnts wechselnde Gastprofessuren das Lehrangebot.

Mit innovativem Engagement und einem guten Gespür für Gelegenheitsfenster erschloss der Institutsleiter im Laufe der Jahre über die Erfüllung der universitären Aufgaben hinausreichende Aktivitätsfelder, hervorzuheben dabei der Bereich Politische Bildung, der gewissermaßen das „Tor zur Praxis" verkörpert: Bereits seit den frühen 1980er-Jahren ist das Institut in der LehrerInnenfortbildung (für alle Schultypen) und allgemein in der Erwachsenenbildung[4] aktiv. Bei letzterer hat die enge Kooperation mit Parteien, Verbänden und NGOs in der thematischen Ausrichtung der Kurse Tradition. Und im Rahmen der aktuell an der Universität Innsbruck erfolgenden curricularen Verankerung der Lehramtsausbildung für das Schulfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung ist das Institut federführend dabei.

---

[3] Das wesentlich größere Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien hat im Vergleich dazu mit Stand 2017 15 zugeordnete Universitätsdozenten.

[4] Großer Nachfrage (mehr als 30-mal abgehalten) erfreute sich das bis vor kurzem regelmäßig angebotene einwöchige Seminar „Politisches Alltagsverständnis".

Personalausbau und Konsolidierung

Zu den organisatorischen Problemen des paradoxen Doppelstatus der Innsbrucker Politikwissenschaft kamen in den ersten Jahren, soweit es die Anzahl hauptamtlicher Mitarbeiter betraf, strukturelle Schwächen der Personalausstattung. Dass die eklatanten Ressourcenprobleme der Anfangsjahre durch eine starke wissenschaftliche und öffentliche Präsenz der Innsbrucker Politikwissenschaft kompensiert und schrittweise entschärft werden konnten, ist das persönliche Verdienst Anton Pelinkas, des Gründers und Promotors des Innsbrucker Instituts. Nur durch dessen publizistische Präsenz, wissenschaftliche Produktivität und diplomatische Verhandlungsstärke gewann das personell minimal ausgestattete Institut jenes allseits respektierte Eigengewicht, das für weitere Ausbauschritte in Verhandlungen mit dem Wissenschaftsministerium sowie dem Rektorat der Universität ins Treffen geführt werden konnte. Die überragenden Verdienste des Institutsgründers beim Aufbau und Wachstum der Innsbrucker Politikwissenschaft sind ein weiteres Spezifikum der Etablierungsphase des Instituts: die hochgradige Personalisierung und Identifikation mit Wirken und Werk einer Schlüsselperson.

In ihrer Pionierphase operierte die Innsbrucker Politikwissenschaft als akademisches „Generalunternehmen“. Einige wenige Personen mussten das gesamte Lehr- und Forschungsspektrum der Disziplin abdecken und Einführungs- und Überblicksvorlesungen in jenen Fachgebieten anbieten, die nicht durch externe Lehrende gehalten werden konnten. Im Rückblick betrachtet ergab sich daraus eine erstaunliche thematische Bandbreite, die gleichzeitig aber zu Lasten der Spezialisierung ging. Dessen ungeachtet fand die für die Anfangsjahre charakteristische generalistische Orientierung ihren Niederschlag in einer bemerkenswerten thematischen Breite der Publikationen und Debattenbeiträge.

Eine spürbare Vergrößerung des Personalstands bildeten die 1989 geschaffene zweite ordentliche Professur für „Politisches System Österreichs mit besonderer Berücksichtigung der Frauenforschung“ (mit zwei Assistentinnenstellen und einer zusätzlichen Sekretariatskraft) und, ein Jahr später, die Einrichtung einer außerordentlichen Professur für „Politische Kommunikation“, verbunden mit der Zuweisung einer Assistentenstelle und einer weiteren Sekretariatskraft.[5] Darüber hinaus war die Zeit ab den 1990er-Jahren eine konzentrierte Phase von Habilitationen der AssistentInnen des Instituts (fünf Mitte der neunziger Jahre, zwei am Beginn des folgenden Jahrzehnts und zuletzt zwei weitere im Jahr 2015). Die Kapazi-

---

[5] Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf eine ab 2004 vom BM für Landesverteidigung finanzierte Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik. Das Dienstverhältnis mit dem Stelleninhaber wurde aber 2007 seitens der Universitätsleitung wegen, so die Begründung, dienstrechtlicher Verfehlungen gegenüber MitarbeiterInnen vorzeitig beendet. Die Stelle wurde nicht nachbesetzt, der Vertrag aufgelöst.

täten für die Betreuung von Diplomarbeiten (später dann Bachelor- und Master-Arbeiten) und Dissertationen wurden dadurch deutlich erweitert. Zwei der Habilitierten wurden 2011 zu Universitätsprofessoren nach § 99 UG ernannt, ein weiterer 2015.

Wichtiger Markstein war die im Jahr 2000 eingerichtete, großteils aus EU-Fördergeldern finanzierte Jean Monnet Professur[6] zur Abdeckung des neu im Studienplan verankerten Kernfachs „Politik der Europäischen Integration". Nach Ablauf der fünfjährigen Förderungsdauer wurde die Stelle in eine § 99-Professur und 2010 in eine unbefristete Professur umgewandelt.

Eine kritische Phase durchlief das Institut Mitte der 2000er-Jahre, als im Zuge der Umsetzung des UG 2002 die Neuordnung der Fakultätengliederung der Universität anstand. Mit seiner bisherigen Verankerung an zwei Fakultäten — als Institut und Wahlfach an der SOWI, als Vollstudium (seit 1984) an der GEIWI — war für mehr als ein Jahr völlig unklar, welcher der von bisher sechs (ohne Medizin) schlussendlich auf sechzehn anwachsenden Fakultäten die Politikwissenschaft zugeordnet werden würde. Mehrere Varianten wurden zu unterschiedlichen Zeiten in Erwägung gezogen (ohne dass das Institut substantiell hätte mitentscheiden können): In Diskussion war ein Zusammengehen unter anderem mit den Instituten für Zeitgeschichte, Geschichte und Ethnologie, mit Erziehungswissenschaft sowie mit Volkswirtschaft und Soziologie. Mit dem Organisationsstatut 2004 der Universität wurde am Ende eine Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie (ohne Beteiligung der Volkswirtschaft) beschlossen. Der Weg zu dieser — hinsichtlich des Personalstands seinerzeit kleinsten — Fakultät war alles andere als frei von interessengeleiteten Interventionen und letztlich auch einer gewissen Beliebigkeit, soweit es die Berücksichtigung von Forschungszusammenhängen angeht.

Mit der letzthin erfolgten Angliederung eines bereits seit längerem bestehenden Arbeitsbereichs *Universitätslehrgangs Peace Studies* (2016) und eines neu geschaffenen *Instituts für Medien, Gesellschaft und Kommunikation* (2017) ist die Fakultät nun breiter aufgestellt als am Beginn. Im Prozess dieser Erweiterung und Neuausrichtung der Fakultät hat das Institut für Politikwissenschaft eine nicht unmaßgebliche Rolle eingenommen, abzulesen unter anderem daran, dass das Institut für Politikwissenschaft die Gründung des Instituts für Medien erst ermöglichte, indem es eine halbe Professur an das Institut abgetreten hat. Diese Professur nimmt gleichzeitig auch die Leitung dieses Instituts wahr.

[6] Eine gemäß den Förderungsrichtlinien ad personam — in diesem Fall an Heinrich Neisser — vergebene Professur.

Tabelle 1: Personalstand der Politikwissenschaft in Innsbruck (1977-2017)

	1977	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2015*	2017*
Professoren	1	1	1	4	4	4	5	5	7	8+
Dozenten	–	–	–	–	5	4	6	7	4	3
wiss. Mitarbeiter	1	2	2	4	–	3	4	7	12 (4,5)	11 (6,6)
Projektmitarbeiter	–	–	4	2	2	1	3	8	4 (1,6)	5 (1,4)
Sekretariat	1	1	1	2	3	3	4	3	3 (2,5)	3 (2,5)
Gesamt	3	4	8	12	14	15	22	30	30 (20,5)	30 (21,5)

* Vollzeitäquvialente in Klammern.
+ Inklusive zwei assoziierte Professuren.

Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Forschungsfelder

Thematisch konzentrierten sich die Forschungsinteressen der Innsbrucker Politikwissenschaft in der ersten Konsolidierungsphase des Instituts vorrangig auf das politische System Österreichs. Die analytische Aufarbeitung und Durchdringung der Strukturen und Prozesse österreichischer Politik, verbunden mit dem Herausarbeiten ihrer Besonderheiten (segmentierte Lagerdemokratie, Konkordanz, Sozialpartnerschaft), nahm die personellen Ressourcen nahezu vollständig in Anspruch. Die — keineswegs nur für den Standort Innsbruck charakteristische — relativ enge Schwerpunktsetzung wurde auf den besonderen Nischencharakter der österreichischen Politikwissenschaft zurückgeführt, zuzuschreiben nicht zuletzt einem ausgeprägten Österreich-Bias in der öffentlichen Forschungsförderung. Dessen ungeachtet zeichnete sich in Konturen bereits in den ersten Jahren der Institutsgeschichte die Hinwendung zu einer vergleichenden Forschungsorientierung mit Konzentration auf *Politics* und intermediäre Akteure und Institutionen des politischen Wettbewerbs ebenso wie auch Fragen der Qualität politischer und gesellschaftlicher Partizipation ab.

Mit dem personellen Wachstum des Instituts hat sich auch das inhaltliche Forschungsspektrum nachhaltig verbreitert. Mit der Etablierung der Frauenforschung, heute in modifizierter Form als Gender- und Geschlechterforschung ein wesentlicher Schwerpunkt der Forschungsaktivitäten des Instituts, wurde schon frühzeitig die davor primär auf Dynamiken österreichischer Politik fokussierte Forschung um feministische Aspekte und Paradigmen erweitert. Wesentlich beigetragen zur Ausdifferenzierung der Forschungsfelder haben ebenso die neu eingerichteten Professuren für die Bereiche Politische Theorie, Vergleich politischer Systeme und Politik der Europäischen Integration.

Diese markante Verbreiterung bedeutet aber keineswegs eine Abkehr von der oben erwähnten originären *Politics*-orientierten Akzentsetzung. So stehen Themen der Demokratiereform und der Qualität des demokratischen Wettbewerbs, das Regierungssystem mit seinen zentralen Akteuren und Institutionen, European Governance und Politikgestaltung in Mehrebenensystemen, Föderalismus und Intergouvernementalismus, Political Leadership sowie aktuelle Fragen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation am politischen Prozess auf der Forschungsagenda des Instituts.

Im Bereich der Internationalen Beziehungen hat sich eine Gruppe mit Forschung unter anderem zu den Themenfeldern Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, Diplomatie, Ordnungssystemen, Sicherheit im postsowjetischen Raum, (Counter-)Terrorismus und Außenpolitikanalyse formiert. Trends und Probleme der politischen Kommunikationspraxis wie

die kritische Durchleuchtung problematischer Entwicklungen in einer immer flüchtiger werdenden Mediengesellschaft sind die Kernthemen einer Forschungsgruppe am Institut, die sich mit Fragen dieses an Bedeutung markant zunehmenden Themenbereichs befasst.

Nachstehend eine Auflistung der Forschungsfelder inklusive einzelner in instituts- bzw. fakultätsübergreifende Netzwerke der Universität eingebetteter Arbeitsbereiche:

- Europäische Union & Europäische Regionale Zusammenarbeit
- Internationale Beziehungen
- Methodologie und Methoden der Politikwissenschaft
- Politische Bildung
- Politische Kommunikation & Medien
- Politische Theorie / Geschlechterforschung
- Vergleichende Politikwissenschaft
- Forschungszentrum Föderalismus
- Forschungszentrum *Spheres of Governance*
- Interfakultäre Forschungsplattform Geschlechterforschung

Studium: Programme – Nachfrage – Reichweite

Vom klassischen Diplomstudium zur Einführung von BA und MA Politikwissenschaft

Politikwissenschaft konnte in Innsbruck bis zur Einrichtung einer eigenständigen Studienrichtung 1984[7] nur als Wahlfach oder im Rahmen eines sogenannten Studium irregulare belegt werden. Die Zahl der Studierenden für das Diplomstudium (Politikwissenschaft als Hauptfach) wuchs rasch an, 1990 waren es bereits mehr als 500, im Jahr 2000 mehr als 1.000. Zum Zeitpunkt der Überleitung zum dreistufigen Studienaufbau nach dem Bologna-Prozess im Jahr 2007 wurden rund 1.400 HörerInnen verzeichnet.

Dieser Wechsel auf das Bologna-System, der zur schrittweisen Einführung der Studien BA, MA und PhD Politikwissenschaft führte, brachte für das Institut und „seine“ Studien nachhaltige Veränderungen mit sich. Zeitgleich mit der Einrichtung des Bachelor-Studiums Politikwissenschaft

[7] Und selbst da noch gleichsam unter Kuratel, denn der Studienplan sah die Beteiligung von nicht weniger als drei Fakultäten vor: „An der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck kann in Verbindung mit der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie unter Mitwirkung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät ein politikwissenschaftliches Studium absolviert werden“ (§ 2 Studienplan).

an der 2004 gegründeten Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, kam es auch zur erstmaligen Einrichtung eines eigenständigen Soziologie-Studiums. Damit bekam die Politikwissenschaft zum ersten Mal „hausinterne“ Konkurrenz im Bereich der sozialwissenschaftlichen Studien. Zudem wurde bei der Konzeption dieser beiden neuen Studien (also BA Politikwissenschaft und BA Soziologie) auf eine enge Verschränkung beider Studien Wert gelegt. Diese beiden Entscheidungen — die Einrichtung eines eigenständigen Soziologie-Studiums und die stärkere „Soziologisierung“ des Politikwissenschafts-Studiums auf BA-Ebene durch die enge Verschränkung mit dem BA Soziologie — wirkten sich spürbar auf die Zahl der Studierenden aus (siehe Abbildung 1). Die Zahl der Erstsemestrigen (im Wintersemester) sank von ursprünglich mit dem Diplomstudium vergleichbaren Werten von über 200 auf 143 im Studienjahr 2012/13. Damit reduzierte sich zwangsläufig auch die Zahl der Gesamtstudierenden (ebenfalls mit Stand Wintersemester) von fast 1.000 im Studienjahr 2010/11 auf nur mehr 766 im Studienjahr 2015/16.

Diese negative Entwicklung führte sowohl institutsintern als auch unter den Studierenden zum Ruf nach einer grundlegenden Reform des Studienplans. Das 2014 reformierte Curriculum BA Politikwissenschaft wurde daher konsequenterweise weitgehend von soziologischen Inhalten entkoppelt und der Fokus auf eine solide politikwissenschaftliche Grundausbildung gelegt. Weitere kleinere Reformen in den Jahren 2016 und 2017 führten zudem zur stärkeren Verankerung der Forschungsbereiche „Wahlforschung und politische Kommunikation“, „Politische Bildung“ und „Politische Theorie“ im Studienplan. Damit kam es letztendlich auch zu einer besseren Abbildung aller relevanten Forschungsbereiche am Institut im Curriculum und zur bewussten Schwerpunktbildung (vor allem im Bereich „Wahlforschung und politische Kommunikation“) im Hinblick auf den innerösterreichischen Wettbewerb um Studierende.

Diese Reformen spiegelten sich somit auch in den wieder steigenden Zahlen der Erstsemestrigen und der Gesamtstudierenden bis zum heutigen Tag wider, und sorgten für eine höhere Zufriedenheit der Studierenden mit dem Studium. Dieser positive Trend lässt sich auch in der Zahl der Absolventinnen und Absolventen ablesen. Während am Höhepunkt des Diplomstudiums pro Jahr lediglich zwischen 60 und 80 Studierende ihr Studium abschlossen (und das bei insgesamt 1.400 Gesamtstudierenden), so liegt dieser Wert in den letzten Studienjahren im BA Politikwissenschaft konstant um die 70 Absolventinnen und Absolventen (jedoch bei „nur“ etwas über 800 Gesamstudierenden). Die Studierenden des BA Politikwissenschaft scheinen ihr Studium also bewusster zu verfolgen und eher abzuschließen als das bei ihren Vorgängern im Diplomstudium der Fall war.

Ein weiterer positiver Trend ist auch beim klassischen Profil eines/einer Studierenden des BA Politikwissenschaft festzustellen. Waren

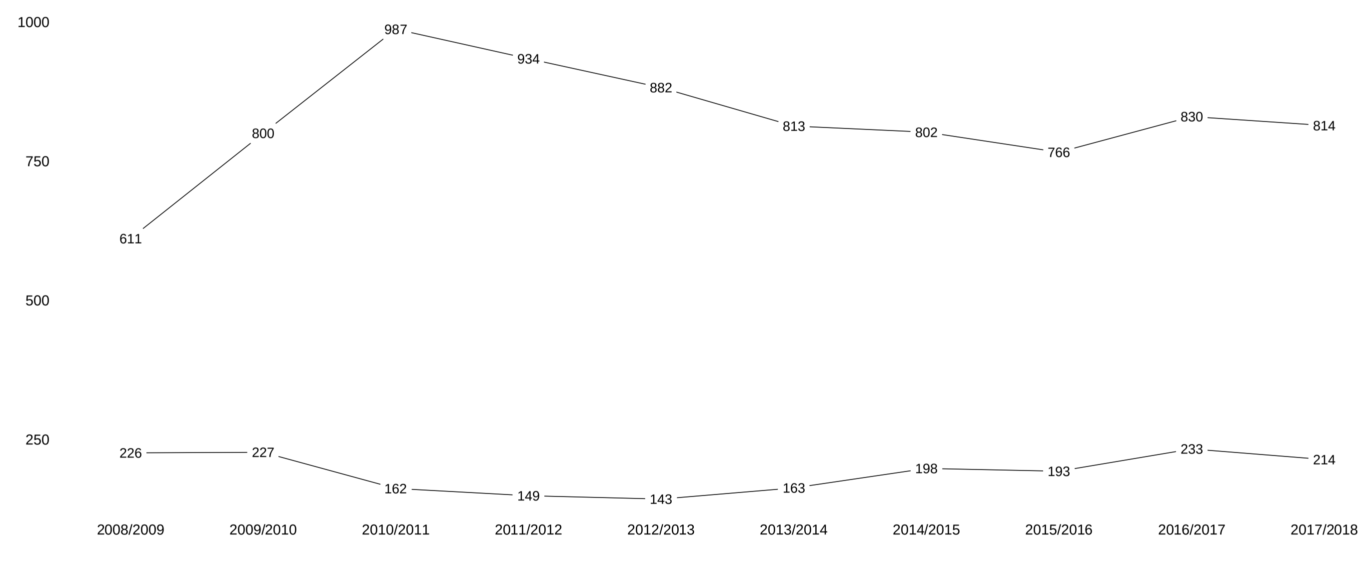


Abbildung 1: Zahl der Gesamtstudierenden (gestrichelte Linie) und Erstsemestrigen im BA Politikwissenschaft im jeweiligen Wintersemester.

Quelle: Studienabteilung, Universität Innsbruck.

im Diplomstudium noch über 60 Prozent der Studierenden männlich, so hat sich dieser Anteil im BA-Studium (Studienjahr 2017/18) zugunsten der Frauen verändert. 50,6 Prozent der Erstsemestrigen sind nun weiblich, womit das Bachelor-Studium Politikwissenschaft eine nahezu perfekte „Gender-Quote“ vorweisen kann und Frauen und Männer gleichermaßen anspricht. Neben der Geschlechterbalance gab es auch Veränderungen, was die geographische Herkunft der Studierenden betrifft. Während immer noch der Großteil aus Westösterreich (und hier vor allem aus Tirol) kommt, hat sich der Anteil der österreichischen und italienischen/Südtiroler Studierenden von 66,0 Prozent bzw. 24,0 Prozent 2011 auf aktuell 52,0 Prozent bzw. 18,3 Prozent reduziert, während im gleichen Zeitraum der Anteil der Studierenden aus Deutschland (von 8,0 % auf 20,3 %) und allen anderen Staaten (von 3,0 % auf 9,4 %) zugenommen hat.

Eine ähnliche Entwicklung wie das Bachelorstudium nahm das 2008 eingerichtete Masterstudium. Ursprünglich als ein eng mit dem soziologischen Master verwobenes Studium mit Fokus auf Europa (MA „Europäische Politik und Gesellschaft“) konzipiert, stieß dieser Studiengang zunächst auf nur begrenztes Interesse. Es konnten weder Studierende von anderen Universitäten nach Innsbruck angezogen werden, noch blieben die Innsbrucker BA-AbsolventInnen durch die Inskription des neuen Masterstudiums dem Standort treu. Als Ursachen für die geringe Nachfrage stellten sich zwei Faktoren heraus. Erstens, und ähnlich wie im BA, wurde von den Studierenden die enge Verknüpfung des Studiums mit jenem der Soziologie kritisiert. Die Studierenden, so der allgemeine Tenor, hätten sich bewusst für einen politikwissenschaftlichen Master entschieden und wollten daher keine zusätzlichen soziologischen Inhalte in ihrem Studium. Neben diesem Umstand wurde aber auch der enge Fokus auf Europa zum Kritikpunkt. Die Studierenden wünschten sich einen allgemein gehaltenen Master, der den breiten Interessen der Studierenden mehr Rechnung trägt.

2014 kam es daher auch zur Reform des Masterstudiums, in welcher die beiden Kritikpunkte direkt aufgenommen wurden. Die soziologischen Inhalte wurden vollkommen aus dem Programm genommen, während die thematische Begrenzung auf Europa zu Gunsten eines breiter gefassten Themenspektrums (von Europa über Internationale Beziehungen, Wahl- und Parteienforschung, Medien und politische Kommunikation, Leadership-Forschung und Föderalismus) aufgegeben wurde. Die Konsequenzen dieser Reform waren unmittelbar und nachhaltig spürbar. Es kam zu einem merkbaren Anstieg der Zahl an Erstsemstrigen und damit verbunden auch der Gesamtstudierenden auf heute 37 bzw. 105 (Studienjahr 2017/2018 — siehe Abbildung 2). Das Masterstudium hat sich damit von einem Sorgenkind des Instituts zu einem Vorzeigestudium entwickelt.

Ähnlich wie im BA Politikwissenschaft, sieht das Profil der Studierenden auch im MA aus. Gut die Hälfte (52,0 %) kommt aus Österreich, der

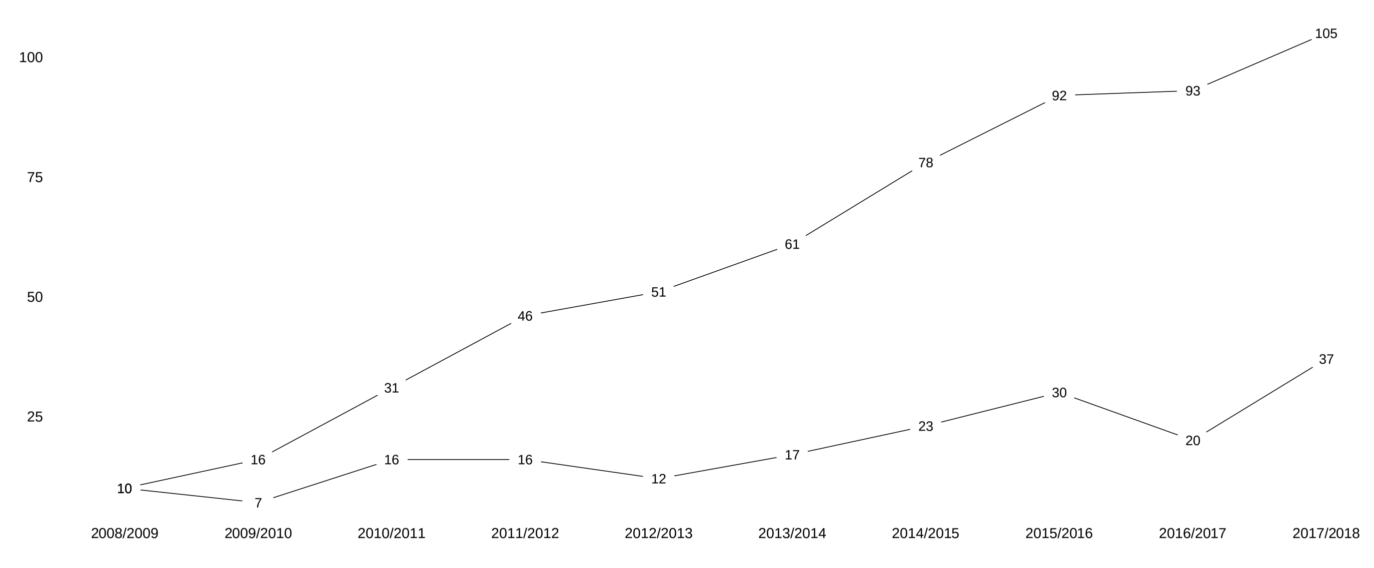


Abbildung 2: Zahl der Gesamtstudierenden (gestrichelte Linie) und Erstsemestrigen im MA Politikwissenschaft im jeweiligen Wintersemester.

Quelle: Studienabteilung, Universität Innsbruck.

Rest verteilt sich auf Studierende aus Südtirol/Italien und Deutschland (je 18,0 %) sowie andere Staaten (12,0 %). Was jedoch das Gechlechterverhältnis betrifft, beginnt mit dem Masterstudium ein Trend, der seinen bedenklichen Höhepunkt im PhD findet (mehr dazu später). Während im BA-Studium das Verhältnis von Männern und Frauen im ersten Semester nahezu ausgeglichen ist (mit einem leichten Vorteil für Frauen), nimmt im Masterstudium der Anteil Frauen (44,0 %) zugunsten von Männern (56,0 %) ab. Ein Umstand, der nicht nur die politikwissenschaftlichen Studien betrifft, sondern leider österreichweit in vielen Studien zu beobachten ist.

Neben diesem Masterstudium war das Institut für Politikwissenschaft auch noch federführend an dem 2009 interfakultär eingerichteten MA „Gender, Culture and Social Change" beteiligt, in dem es bis heute bis zu einem Drittel der Lehrveranstaltungen abdeckt. Damit findet sich auch die politikwissenschaftliche Innsbrucker Geschlechterforschung (die sich seit jeher als interfakultär und interdisziplinär verstand) in einem eigenen Masterstudium abgebildet.

Vom klassischen Doktorat zum PhD Politikwissenschaft

Der größte Lernprozess, sowohl auf Seiten der Forscherinnen und Forscher als auch auf Seiten der Studierenden, konnte bei der Umstellung vom klassischen Doktorat auf das neue PhD-Programm Politikwissenschaft beobachtet werden. Für viele Studierende galt das klassische Doktoratsstudium nicht unbedingt als Beginn einer akademischen Laufbahn, sondern wurde eher als Prestige bringender und für das berufliche Weiterkommen vorteilhafter Titel betrachtet. Der überwiegende Teil der Doktoratsstudierenden absolvierte dieses Studium daher über mehrere Jahre hinweg neben dem Beruf, meist am Abend, an den Wochenenden oder im Urlaub. Der Umstand, dass das neue PhD Programm sich vor allem an den akademischen Nachwuchs richtet und wissenschaftlich weit mehr abverlangt, ist für viele dieser Studierenden zunächst eine Herausforderung, für manche auch eine Enttäuschung gewesen.

Neben den Studierenden mussten aber auch die Forscherinnen und Forscher des Instituts einen Lernprozess durchmachen. Auch wenn von Seiten des Instituts von Anfang an klar kommuniziert wurde, dass das neue PhD Programm akademischer sei und daher einen größeren Aufwand bedeutet, der nicht so einfach nebenbei zu bewältigen sei, wurde in den Anfangsjahren wenig unternommen, um die Studierenden bei dem notwendigen Umdenkprozess zu unterstützen — im Gegenteil. Das 2009 verabschiedete Curriculum orientierte sich stark am alten Dokotoratsstudium, verlangte von den Studierenden eine hohe Anzahl an ECTS-Anrechnungspunkten und damit verbunden auch Lehrveranstaltungen vor Ort ab, bot ihnen letztlich aber wenig Wahlfreiheit. Vielmehr zwang es sie noch einmal, Lehrveranstaltungen aus den unterschiedlichen Kern-

bereichen des Faches („Internationale Beziehungen“, „Politische Theorie“, „Vergleich politischer Systeme“) zu besuchen. Darüber hinaus wurden die PhD Studierenden immer noch zu sehr als „Studierende“ und zu wenig als „Kolleginnen und Kollegen“ oder „Nachwuchsforscherinnern und -forscher“ gesehen, die es stärker in den Forschungsbetrieb des Instituts einzubinden galt.

Es waren daher auch im Falle des PhD Politikwissenschaft Reformen unvermeidlich, die sich längerfristig ebenfalls in einem Umdenken (sowohl bei Lehrenden, als auch bei Studierenden) zeigen sollten. 2014 wurde daher das Curriculum reformiert. Den Studierenden wird nun mehr Wahlfreiheit eingeräumt (sie müssen nicht mehr Lehrveranstaltungen zu den Kernfächern besuchen, sondern können sich auf Fragen des Forschungsdesigns und/oder des wissenschaftlichen Schreibens konzentrieren), der Fokus der Module wird mehr auf die Dissertation gelegt (indem von den Studierenden erwartet wird, auf Konferenzen zu präsentieren und in Journals zu publizieren) und generell die Zahl der Lehrveranstaltungen reduziert. Trotz dieser wichtigen Reformen ist die Zahl der neben der eigentlichen Dissertation zusätzlich noch zu absolvierenden ECTS-AP im Vergleich zu anderen PhD Studien der Universität nach wie vor noch unverhältnismäßig hoch und sollte in einem Reformschritt weiter reduziert und angeglichen werden.

Auf Seiten der Lehrenden hat diese Reform des Curriculums auch ein Umdenken bewirkt, wie man die PhD Studierenden wahrnehmen bzw. wie man sie in den Forschungsalltag des Instituts besser einbauen könnte. Es ist eigens für die PhD Studierenden ein PhD Tag pro Semester eingerichtet worden, an dem sie ihre Forschung präsentieren und mit der Faculty des Instituts diskutieren können. Darüber hinaus haben sich Teile des Instituts in Form des Forschungszentrums „Spheres of Governance: Institutions and Agency“ um ein Doktoratsprogramm bemüht, das von Seiten der Universität im vergangenen Jahr genehmigt wurde. Damit verfügt das Institut über den Umweg dieses Forschungszentrums über eine Infrastruktur, mit der die PhD Studierenden noch enger an das Institut gebunden und der Austausch mit den Forscherinnen und Forschern noch intensiver gelebt werden kann.

Diese Reformen und das Umdenken bei den Lehrenden zieht letztendlich auch einen Sinneswandel bei den Studierenden nach sich. Sie begreifen sich zunehmend als NachwuchsforscherInnen und beginnen vermehrt über die Vorteile von kumulativen Dissertationen und das Publizieren in internationalen Fachzeitschriften nachzudenken. Wie Abbildung 3 zeigt, schlagen sich diese Entwicklungen mittlerweile auch in der ansteigenden Zahl von Erstsemestrigen und Gesamtstudienerden nieder. Rechnet man die Erstsemestrigen des Sommersemesters 2018 zu den in der Abbildung dargestellten Erstsemestrigen des Wintersemesters dazu, dann haben sich im Studienjahr 2017/18 14 Studierende für ein PhD Politikwissenschaft

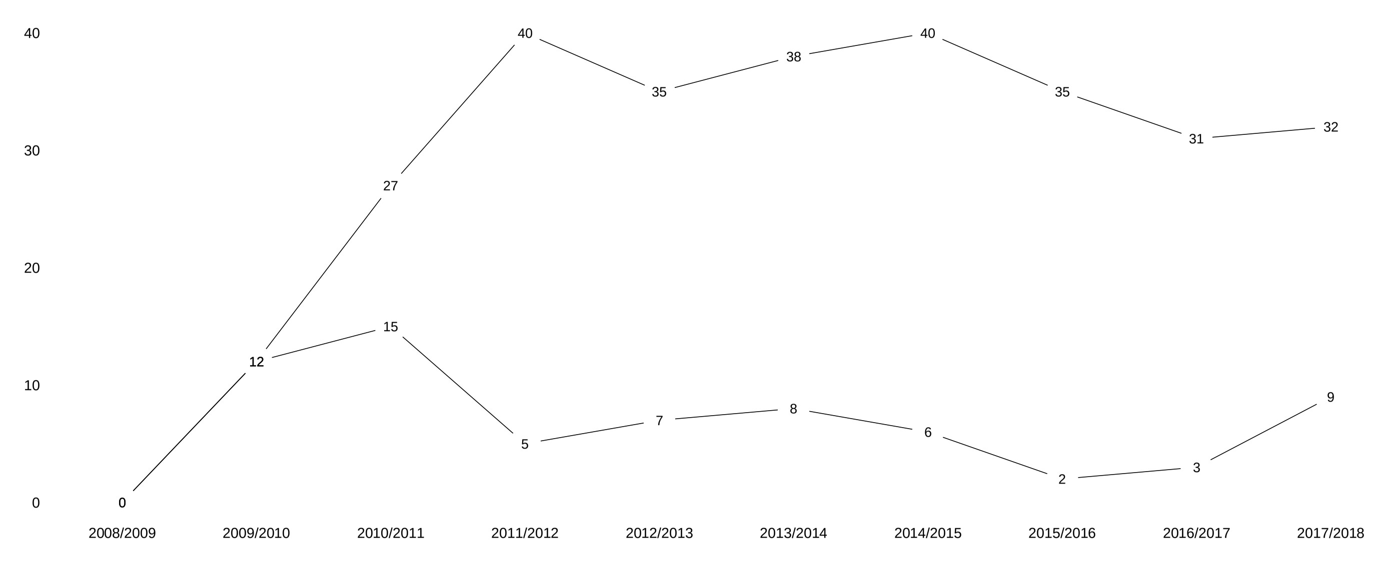


Abbildung 3: Zahl der Gesamtstudierenden (gestrichelte Linie) und Erstsemestrigen im PhD Politikwissenschaft im jeweiligen Wintersemester.

Quelle: Studienabteilung, Universität Innsbruck.

entschieden — eine Zahl, die in Relation zur Größe des Instituts durchaus beachtlich ist. Der überwiegende Teil dieser Studierenden kommt dabei ähnlich wie bei BA und MA aus Österreich (57,1 %), Südtirol/Italien (14,3 %), Deutschland (7,1 %) und anderen Staaten (21,4 %). Der Anteil der internationalen Studierenden hat sich im Vergleich zum klassischen Doktorat damit erhöht. Der überwiegende Teil dieser PhD Studierenden wird aber aus dem eigenen MA rekrutiert und kommt nur zu einem geringen Teil von außen.

Nachdenklich stimmen muss jedoch, wie zuvor bereits angedeutet, das wachsende Ungleichgewicht von Männern und Frauen im PhD. Fast zwei Drittel (64,3 %) sowohl der Erstsemestrigen als auch der Gesamtstudierenden sind Männer, nur 35,7 Prozent sind Frauen. Dieses Ungleichgewicht kann nicht zufriedenstellend sein und zeigt auch, dass sich Frauen — aus Gründen, denen es noch nachzugehen gilt, — weiterhin schwer tun, auf allen drei Ebenen des Bologna-Systems gleichermaßen als Studierende vertreten zu sein. Die bisherigen Zahlen an Absolventinnen und Absolventen des PhD Politikwissenschaft geben aber Mut zur Hoffnung. Immerhin sind vier der fünf AbsolventInnen Frauen. Frauen bilden im Studium selber nur eine Minderheit, bei der Abschlussquote sind sie aber führend.

Entwicklungsperspektiven des Instituts

Nicht anders als andere Standorte des Fachs steht die Innsbrucker Politikwissenschaft in den kommenden Jahren vor neuen Herausforderungen, die zum einen auf universitätsinterne Steuerungsmaßnahmen zurückgehen, zum anderen mit generellen Trends und Entwicklungslinien der Disziplin in Zusammenhang stehen. Ohne Themen und Auswahl der Forschungsfelder explizit anzusprechen, haben neue und modifizierte Vorgaben des Rektorats — durchaus im Einklang mit den allerorts zunehmenden Anpassungszwängen österreich- und europaweit — Handlungsrahmen und Spielräume für die Forschungsarbeit spürbar verändert.

Die Einrichtung von Forschungszentren und Forschungsplattformen lässt individuelle Einzelforschung zwar weiter zu, unverkennbar steigt aber der Druck zur Bildung von Netzwerken, die sich durch kohärente Teamarbeit und Kooperation um am Drittmittelmarkt einzuwerbende Förderungsgelder zu bewähren haben. Mit dem Fokus auf drittmittelfinanzierte Großprojekte mit indikatorenbasiertem Wissenschaftsmanagement wird die tradierte, auf flexibler Selbststeuerung beruhende Forschungskultur zum Nischenprogramm.

Im Umbruch befindet sich neben der Forschungs- auch die Publikationskultur des Fachs. So ist — neben der Anzahl von FWF-Anträgen und der Höhe eingeworbener Drittmittel — der Anteil fremdsprachiger (d.h. englischsprachiger), peer-referierter Journal-Beiträge mittlerweile ei-

nes der zentralen Bewertungskriterien bei den Zielvereinbarungsverhandlungen zwischen Institut, Fakultät und Rektorat. Wenig überraschend, riskiert ein Institut im Fall von Zielverfehlungen Kürzungen bei der Zuteilung von Budgetmitteln und Personal.

Eine immer noch große Herausforderung ist die mittlerweile schon zehn Jahre zurückliegende Umstellung der Studienprogramme entlang der Bestimmungen des Bologna-Prozesses. Der Titel Magister, basierend auf einer Regelstudiendauer von acht Semestern, war davor beim Einstieg ins Berufsleben der Nachweis einer abgeschlossenen Ausbildung. Mit sechs Semestern Bachelor-Studium sind die Perspektiven jedoch deutlich reduziert. Überdies verführt bei fachverwandten Studien die Möglichkeit der gegenseitigen Anrechnung von Prüfungen dazu, mehrere Bachelor-Programme parallel zu belegen, was unvermeidlich die Studiendauer verlängert, am Ende aber oft darin mündet, dass man zwar einen BA in Politikwissenschaft und zusätzlich — beispielsweise — einen in Soziologie vorzuweisen hat, damit bei Stellenbewerbungen aber nicht zwingend reüssiert. Andererseits wiederum scheuen Studierende oft die Abfolge Bachelor und Master mit einer Gesamtdauer von immerhin zehn Semestern.

Falsche Erwartungen gibt es vielfach auch beim neu eingerichteten PhD Programm, das mehr oder weniger exklusiv auf die Sicherung qualifizierten, möglichst exzellent ausgebildeten wissenschaftlichen Nachwuchses abzielt und über die Standards für ein Doktorat „alten" Zuschnitts jedenfalls deutlich hinausgeht.

Abgesehen von Fragen der Qualifizierung von Studierenden für berufliche Tätigkeiten, die im Auge zu behalten sein werden, ist besonders die wissenschaftliche Arbeit mit neuen und sich stetig verdichtenden Herausforderungen konfrontiert: Fortschreitende Europäisierung der Disziplin, erhöhte internationale Sichtbarkeit, verstärkte Integration in multinationale Forschungsnetzwerke, aktive Präsenz bei europäischen Konferenzen und Workshops, erhöhte Mobilität der Lehrenden und Studierenden, Förderung eines hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses und exzellente Forschungsprojekte und Publikationsleistungen sind mittlerweile zentrale Parameter, wenn es darum geht, im europäischen Wissenschaftswettbewerb zu bestehen.

Substantiell größte Herausforderung aber ist — in Innsbruck nicht anders als an den anderen Standorten — nicht allein die professionelle Sichtbarkeit der Politikwissenschaft. Es geht im Kern immer auch um die Frage nach der politischen und gesellschaftlichen Relevanz des Fachs, die sich selbst nach mittlerweile vier Jahrzehnten stets aufs Neue stellt. Gefeit vor der Versuchung des Rückzugs in das kontemplative und dabei realitätsferne Ambiente des akademischen Elfenbeinturms ist keine Disziplin, auch nicht die Politikwissenschaft. Die wissenschaftliche Befassung mit Politik ermöglicht Einblicke in komplexe Zusammenhänge und birgt zugleich immer die Gefahr, sich in Sackgassen zu verlieren. Sich diese Ambivalenz

bewusst zu machen, war Auftrag in der Vergangenheit und wird es in steigendem Maße auch künftighin sein.

Abschließende Bemerkungen

Fasst man die in diesem Beitrag in aller Kürze wiedergegebenen und auf das wesentliche beschränkten Daten und Fakten zusammen, so ergibt das eine für ein Universitätsinstitut wohl nicht selbstverständliche Geschichte. Es waren ganz zu Beginn beinah unüberwindliche Hürden zu nehmen, es war in der Folge in kleinen Schritten die Etablierung des Fachs als gleichwertiges neben den anderen zu verfolgen, und es gilt heute qualitativ neue Herausforderungen zu bewältigen.

Nach nunmehr vierzig Jahren seines Bestands befindet die Gründergeneration des Innsbrucker Instituts sich bereits im Ruhestand, die nachfolgende verabschiedet sich in kurzen Abständen und wird schon in wenigen Jahren zu Status und Erscheinungsbild des Instituts nicht mehr beitragen. Verantwortlich für die Weiterentwicklung des Instituts zeichnet federführend jetzt schon eine neue Generation. Diese ist umfassend vernetzt, publizistisch präsent, etabliert in der nationalen wie auch der internationalen *scientific community*, und nicht zuletzt auch wird sie — in guter Tradition — von der außeruniversitären Öffentlichkeit mit Interesse wahrgenommen. Seinem 50-jährigen Bestand blickt das Institut mit Zuversicht und Optimismus entgegen.

Teil II

Die Geschichte des Instituts in Geschichten

Warum man Politikwissenschaft in Innsbruck studieren muss: Impressionen aus sieben Jahren in Tirol

Peter Filzmaier

„Politikwissenschaft musst du in Innsbruck studieren!“ In den neunziger Jahren erklärte mir das … nein, kein Innsbrucker Kollege und natürlich schon gar nicht ein solcher aus Wien oder Salzburg. Geographisch anderswo angesiedelte Universitätsvertreter des Fachs sahen das naturgemäß anders, doch eine einfache Angestellte und liebe Freundin ohne Bezug zu Studium oder Bundesland war fest von der Vorrangigkeit des Tiroler Instituts für Politikwissenschaft überzeugt. Irgendwie hat mich dieser Satz einer studientechnisch unbedarften Ostösterreicherin viel mehr beeindruckt, als wenn irgendwelche Absolventen den Ort loben, der ihnen gerade den Magister- oder Doktorgrad gebracht hatte.

Vordergründig war die überzeugte Meinung meiner nicht-politikwissenschaftlichen Bekannten ja leicht erklärbar. Kaum ereignete sich etwas Dramatisches in der Politik, von der Nationalratswahl bis zur globalen Kriegsgefahr, waren die Innsbrucker Kollegen überdurchschnittlich oft als Analytiker für die Medien gefragt. Vor allem Anton Pelinka und Fritz Plasser hatten geradezu Weltruf. Als jemand, der sein Doktorat in Wien gemacht hatte, glaubte ich daher an die Mischung von Weihnachtsmann und Osterhasen: In Innsbruck gebe es in deren Hintergrund sicher riesige Forschungsteams, während man hierzulande — gemeint ist Wien — bloß verzweifelt versuchte, des zahlenmäßigen Studierendenansturms lehrtechnisch irgendwie gerecht zu werden.

Naja. Die Forscher gab es teilweise, allerdings kannten sie Tirol oft lediglich von der Landkarte oder bestenfalls durch einzelne Gastveranstaltungen. Anton Pelinka leitete das Institut für Konfliktforschung (IKF) in Wien. Fritz Plasser war Chef des auf Wahlforschung spezialisierten Zentrums für angewandte Politikforschung (ZAP), das sich genauso in der Bundeshauptstadt befand. Die dahinterstehenden Drittmittel für Forschungsarbeiten waren erstens üblicherweise mehr bescheiden als gigan-

tisch und zweitens den Innsbruckern und ihrem Institut völlig unbekannt. Wie das?

Ja, beide — Pelinka und Plasser — waren zugleich Professoren an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, doch hat man es primär kommunikativ geschafft, dass alle ihre und ihrer Mitarbeiter Tätigkeiten doppelt zählten. Was immer als Wiener Forschungsprodukt publiziert und präsentiert wurde, rechnete man automatisch genauso Tirol zu. Natürlich hat sich nie jemand inkorrekt verhalten, dass IKF- oder ZAP-Projekte fälschlich formal als Aktivitäten des Instituts für Politikwissenschaft dargestellt wurden. Es wollte freilich auch keiner die Eigendynamik stoppen, dass es gerne so gesehen und geglaubt wurde. Die Betroffenen nicht, ihre im Windschatten befindlichen Kollegen nicht, Dekan und Rektor nicht, und die stolzen Studierenden am allerwenigsten. Zudem niemand in Wien, wo scheinbar der universitäre Anstrich aus Innsbruck mit Doppelzählung als Pluspunkt galt.

Das verstand und verstehe ich sehr gut, denn ich profitierte in umgekehrter Form vom selben Prinzip. Streng genommen habe ich nämlich nie in Innsbruck gearbeitet. Räumlich und inhaltlich tat ich das schon, doch personalrechtlich war alles anders. Ich war Angestellter des Instituts für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF), welches damals Klagenfurt, Wien, Graz und Innsbruck als Trägeruniversitäten hatte. Zentrale und Hauptverwaltung befanden sich in Kärnten, überall waren Teileinheiten angesiedelt. Nur in Tirol gab es diesbezüglich nichts. Das war meine Chance. Ich wurde Leiter der Abteilung für Politische Bildung, deren wissenschaftlicher Stab anfangs einzig und allein aus mir selbst bestand. Erst viel später kamen etwa Kathrin Stainer-Hämmerle und Flooh Perlot hinzu. Emanuela Norer als Organisationsassistentin musste unermüdlich 100 Prozent des Verwaltungsbetriebs managen sowie einen erheblichen Prozentsatz der Facharbeit. Wobei ich den genauen Anteil ihrer so großartigen Arbeit aus Gründen meiner Beschämung lieber verschweige.

Wie man auf so eine Schnapsidee der Einmanneinheit kommen konnte? Da die Leser ja bereits wissen, dass man Politikwissenschaft in Innsbruck studieren muss, ist Ihnen sicher auch klar: Wo sonst sollte Politische Bildung gemacht werden? Warum nicht die „tirolerischen" Politikwissenschaftler frech zugleich dem IFF zurechnen, was die Abteilungsgründung allemal rechtfertigte? Dass sie, wenn man es genau nimmt, nur in einem einzigen Lehrgang einmal im Jahr unterrichteten, das tat nichts zur Sache. Schließlich hatten sie den Hochschullehrgang Politische Bildung (mit-)entwickelt und fühlten sich ihm ganzjährig verbunden. Es war kein Missbrauch oder einseitiges Ausnützen, denn vice versa schienen fortan all meine wissenschaftlichen Taten — vom Fachzeitschriftenartikel bis zum Zeitungskommentar — sowohl in den IFF-Statistiken als auch unter dem Etikett „Innsbruck" bei Leistungsbilanzen der dortigen Politikwissenschaft auf.

Wir haben uns dabei übrigens bestens verstanden und stets kollegial unterstützt, was nicht nur der wöchentliche Jour fixe symbolisierte. Ein solcher scheint als Miteinander eine nicht sonderlich erwähnenswerte Selbstverständlichkeit zu sein. Von wegen. Als ich nach Innsbruck kam, stellte ich verwundert fest, dass das Institut in zwei Teile aufgespalten war. Nicht etwa durch ein Stockwerk getrennt, sondern Kilometer voneinander entfernt. Zunächst vermutete ich banale bau- und organisationstechnische Ursachen, welche — typisch Österreich — als ursprüngliches Provisorium zum leidigen Dauerzustand wurden. Weit gefehlt. Zwei Kollegen wollten mit den anderen Politologen nicht im selben Gebäude sitzen, nicht vom selben Tisch essen und politikwissenschaftlich möglichst wenig bis absolut nichts mit dem Rest zu tun haben.

Was da genau geschehen war, das hätte für einen Immigranten wie mich eine zeitgeschichtliche Diplomarbeit verlangt. Eine wissenschaftliche Parteimeinung hatte ich jedoch sehr bald, denn Pelinka, Plasser & Co waren in der nationalen und internationalen Forschungsgemeinschaft sehr anerkannt. Claudia von Werlhof hingegen hatte den Ruf der Verschwörungstheoretikerin oder jedenfalls die fragwürdige Leistung geschafft, es in diverse Auflistungen solcher zu schaffen und dementsprechende Medienberichte zu generieren. Alle genannten Streitenden sind übrigens in Pension, also kann man es unbesorgt erzählen, ohne neue Auseinandersetzungen zu schüren.

Was sowieso viel wichtiger und ein ungleich besseres Urteil als meines ist, das war die Begeisterung der Studierenden über das Studium und die Lehrenden. Objektiv hatte Innsbruck im Vergleich zu Wien zugegeben Wettbewerbsvorteile. Politikwissenschaft war da und dort ein Massenstudium, doch war das Betreuungsverhältnis von Lehrenden und zu Unterrichtenden in Tirol etwas weniger schlimm. Das allein erklärt aber nicht den — nicht empirisch belegten, doch sich mir als Gefühl fest einprägenden — Befund, dass in Innsbruck die Studierenden voll des Lobes über die Politikwissenschaft waren und in Wien die Auszubildenden das selbige Studium ungleich mehr kritisierten.

Die Erklärungshypothesen dafür sind mannigfaltig: Es kann das „goldene Wienerherz" der Grund sein, weil da in Wahrheit ein grantiges Nörgeln der gängige Redestil ist. Oder meine Innsbrucker Kollegen haben als Politikwissenschaftler sehr viel richtig gemacht. Die beschriebene Schlitzohrigkeit, sich und das Institut ein bisschen größer zu machen als man war, diente niemals dem Selbstzweck, sondern war Mittel zum Zweck für die Verbesserung des Studienangebots. Speziell Anton Pelinka war ein Genie, durch neue Stellen und Dienstzuteilungen, durch Gastprofessuren und höchstrangige Lektoren, durch inner- und außeruniversitäre Partnerschaften und Netzwerke usw. das Angebot der Innsbrucker Politikwissenschaft beständig zu erweitern. Das war zeitaufwändig und mühsam und er tat es für das Studium und aus Liebe dazu. Fritz Plasser hat das mit derselben

bewundernswerten Liebe fortgesetzt, obwohl er von seinem Typ her lieber in hunderten Büchern versunken wäre.

Oder war es vielleicht die Tiroler Luft und das Klima im Inntal zwischen Nordkette und Patscherkofel, das den Studierenden so gefiel? Der Tiroler Regionalstolz ist generell so eine Sache. Auch vom Innsbrucker Ruf der Politikwissenschaft profitierend, durfte ich als Jungspund von der Leopold-Franzens-Universität aus erste Fernsehinterviews geben. Damals meistens zu den USA. Kein Thema, zu dem bei einer Liveschaltung in die Zeit im Bild-Sendung des ORF der Hintergrund im Landesstudio mit schneebedeckten Berggipfeln und oranger Ötzi-Collage geeignet war. Ein neutrales Nachrichtenblau wäre besser gewesen. Als ich versuchte, das den Technikern im heiligen Land zu erklären, hätten sie am liebsten die Schützenkompanie geholt. Tiroler Berge und ihm nicht gut genug? Man spürte förmlich, wie sie dachten, dass aus mir nie etwas Anständiges werden würde.

Die Szene war freilich harmlos im Vergleich zu dem, was einst Anton Pelinka widerfuhr. Während er im tirolerischen Studio saß und auf das Interviewgespräch mit Wien wartete, lief am anderen Kanal Fußball. Es waren die seligen Zeiten, als der FC Tirol als Nachfolgeverein des legendären Wacker Innsbruck noch Meister war und Europacup spielte. Das Problem: Pelinka hörte im Kopfhörer offensichtlich statt dem Nachrichtenmoderator den Sportkommentar. Irgendwann reichte es ihm und er rebellierte: „Kann mir bitte endlich jemand den schwachsinnigen Fußball abstellen?" Was er nicht wusste: Er war bereits auf Sendung. In acht von neun Bundesländern fand man das Hoppala einfach nur lustig. In Tirol nicht.

Nichts hätte besser symbolisieren können, dass das überregional berühmte Politikwissenschaftsinstitut mit dem Land Tirol wenig zu tun hatte. Nach einigen Wochen der Bekanntschaft mit den Fachkollegen der Universität rief ich: „Zeigt mir einen Tiroler!" Es fanden sich bald zwei solche, einer aus Südtirol und ein dem Institut zugeteilter Bundeslehrer im Hochschuldienst. Immerhin etwas. Damit waren die Rheinländer und andere Deutsche nicht ganz in der Überzahl. An der riesigen Mehrheit von Nicht-Tirolern am Institut änderte das nichts.

Als ich mich beruflich aus eigenem Entschluss von Innsbruck verabschiedete, weil mir meine Karrierechancen dort ungenügend erschienen, waren ein paar Leute beleidigt. Ich nehme das als Kompliment. Nicht für mich. Sondern an das Institut gerichtet. Denn, siehe ganz am Anfang dieses Beitrags, Politikwissenschaft muss man schließlich in Innsbruck studieren. Wie kann da ein Zuwanderer aus Wien wie ich auf die Idee kommen, dass man es woanders forschen und lehren könne? Das funktioniert zwar, doch ich gebe zu: Ich möchte die Innsbrucker Zeit um keinen Preis missen und bedanke mich bei allen dafür!

Vom Häuschen auf dem Lande zur Wohnung in der Stadt: Die Standorte des Instituts für Politikwissenschaft

Günther Pallaver

Man muss nicht unbedingt Murray Edelman gelesen haben, um zu wissen, dass die Symbolik in der Politik nicht unbedeutend ist, ganz nach dem Motto: Das Design bestimmt das Bewusstsein. Wollen wir also die Erfolgsgeschichte des Instituts für Politikwissenschaft unter Aspekten der Symbolik betrachten, so kommen wir nicht umhin, einen Blick auf die drei Standorte zu werfen, an denen das Institut bislang seine Zelte aufgeschlagen hat.

Angefangen hat alles stadtauswärts in Richtung Westen, dort, wo heute das noble CCB-Centrum für Chemie und Biomedizin steht. Beide Hinweise, stadtauswärts und Richtung Westen, sagen bereits eine Menge über den Status der Politikwissenschaft im Jahre 1977 aus: Das neue Institut lag in der Peripherie der Stadt, also nicht im Zentrum und somit nicht dort, wo die entscheidenden Partien gespielt wurden. Und zweitens, die vier Institutsmitglieder, Vorstand, eine Sekretärin und zwei Assistenten, standen in Zeiten des Kalten Krieges auf der Seite des Westens.

Wäre es nicht zur Straße gestanden, die Unterkunft auf zwei Stockwerken hätte mit einem etwas ärmlichen Häuschen in einer Waldlichtung verglichen werden können. Kinder würden sofort an Rotkäppchen denken. Es gab nur das Allernotwendigste, keinen Luxus, keinen Firlefanz. Die Politikwissenschaft hatte sich im zweiten Stock eingemietet, im ersten, etwas vornehmer, residierten die Juristen des öffentlichen Rechts mit einem Anhängsel, das auch die Politikwissenschaft abdeckte. Animositäten kamen deshalb nicht auf, aber es blieb beim unverbindlichen Gruß. Nicht aus Böswilligkeit, sondern weil jede Einrichtung die Eigenständigkeit der eigenen Disziplin unterstreichen wollte. Und da sich die Politikwissenschaft durch Sezession von den Rechtswissenschaften getrennt hatte, einseitig und ohne Abstimmung, wurde die neue Unabhängigkeit durch soziale Distanz noch zusätzlich unterstrichen.

Im Häuschen am Innrain 82 verblieb die Politikwissenschaft bis 1983, als die neue Geisteswissenschaftliche Fakultät neben dem alten Hauptgebäude der Universität eröffnet wurde. In das alte Hauptgebäude schaffte es die Politikwissenschaft nicht, da residierten die Juristen, aber immerhin war man ins Zentrum aufgerückt. Das Josef Moeller Haus glich ein bisschen einem Wurmfortsatz des riesigen GEIWI-Turms und lag auf der Rückseite des alten Hauptgebäudes hin zum Inn. Man befand sich damit schon im Zentrum, aber stiefmütterlich in dessen Peripherie und somit immer noch etwas abseits. Immerhin war man sozial aufgestiegen und der Umzug von Innrain 82 nach Innrain 52 wurde von der schrittweisen Aufstockung des Personals begleitet.

Das Institut expandierte und im Wurmfortsatz hatten längst nicht mehr alle Platz, sodass einige in die Dependance in die Blasius-Hueber Straße umsiedeln mussten, einer Fortsetzung der Universitätsbrücke. Der Umstand, in einer nach dem Bauernkartographen Blasius Hueber benannten Straße gelandet zu sein, entbehrt nicht einer symbolischen Ironie. Um die Dependance zu finden, benötigte man einen detaillierten Stadtplan. Damit begann die Zeit des Instituts als Wanderbühne, zumal es wissenschaftliche Auftritte am Innrain und in der Blasius-Hueber Straße gab. Die Dienstbesprechungen (immer mit Kaffee und Kuchen) fanden in der Regel am Hauptsitz statt, Gastvorträge gerne auch in der Blasius-Hueber Straße. Weil man meistens zu spät dran war, musste man ziemlich sportlich unterwegs sein, um pünktlich zu den Terminen zu erscheinen. Aber dadurch förderte das Institut die römische Gesundheitsmaxime: *mens sana in corpore sano*.

Im Laufe der Zeit eröffnete das Institut noch eine zweite Filiale, und zwar am Innrain, Ecke Josef-Hirn-Straße, weniger wegen der Raumknappheit (auch natürlich, die Politikwissenschaft leidet seit jeher an Knappheit in alle Himmelsrichtungen), sondern wegen eines heftigen institutsinternen Konflikts. Die Reife der Politikwissenschaft zeigte sich auch darin, dass man erworbene politikwissenschaftliche Konfliktlösungsmodelle auf sich selbst anwandte. Dank Kenntnissen über das dissoziative Konfliktlösungsmodell wurden die beiden Streitparteien räumlich getrennt. Es zog wieder Frieden ein, wenngleich ein negativer Frieden, der kalt blieb.

Den endgültigen Aufstieg in die erste Institutsliga der Universität Innsbruck feierte die Politikwissenschaft mit dem Umzug in die Universitätsstraße 15, zum Campus der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Jahre 1999. Der Aufstieg ließ sich gleich an mehreren Faktoren ablesen. Die Politikwissenschaft war bis dahin eine sozialwissenschaftliche Disziplin mit einem geisteswissenschaftlichen Studienplan gewesen. Das hatte historische Gründe, weil bei der Gründung des Instituts die Geistes- und Sozialwissenschaften als Hebammen gewirkt hatten. Mit dem Umzug zum SOWI-Campus und damit mit der räumlichen Trennung von den Geisteswissenschaften verlangte die Politikwissenschaft gleichzeitig die Ein-

ordnung in die sozialwissenschaftliche Studienordnung, was auch gelang, wenngleich das Tor der Lehre zu den Geisteswissenschaften immer weit geöffnet blieb.

Für die definitive Selbständigkeit des Instituts mussten noch die finanziellen Verflechtungen mit den beiden Hebammen geklärt werden. Die Verhandlungen mit den Vertretungen der Geistes- und der Sozialwissenschaften verliefen nicht immer harmonisch, aber zivilisiert. Die finanzielle Trennung erfolgte dann schmerzlos, zumal die beiden Verhandlungspartner der Politikwissenschaft gegenüber nicht kleinlich waren. Das erfolgreiche Verhandlungsmodell der ökonomisch-finanziellen Entflechtung wäre durchaus Vorbild für die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien. Ein win-win Ergebnis.

Der augenscheinlichste Schritt des sozialen Aufstiegs bestand darin, dass die Politikwissenschaft am SOWI-Campus nicht mehr ebenerdig einquartiert wurde, sondern in den zweiten von vier Stöcken kam. Sicherlich, ober uns befindet sich die Beletage der Volkswirte. Aber man sollte sich nicht dauernd beklagen, dass das Gras des Nachbarn grüner ist. Immerhin sind wir vom ländlichen Milieu ins städtische gezogen, haben eine schöne, vielleicht etwas zu kleine Wohnung mit Aufzug bezogen, haben es nicht weit zum Landestheater und zum Haus der Musik und leben dank Hofgarten zwischen Natur und Kultur.

In der Zwischenzeit sind wir also erwachsen geworden. Aber die Reise ist deshalb noch nicht beendet. In 40 Jahren dreimal Unterkunft wechseln, und immer zum Besseren, würde bedeuten, dass der nächste Umzug schon bald wieder ansteht. Wenn das Management Center Innsbruck MCI vom derzeitigen Standort, der direkt gegenüber dem Institut für Politikwissenschaft steht, auszieht, sind wir möglicherweise und gemeinsam mit den beiden Geschwisterinstituten der Fakultät, dem Institut für Soziologie und dem Institut für Medien, Gesellschaft und Kommunikation, die ersten Prätendenten, endlich die Beletage zu beziehen.

Das Instituts-Leben im Wandel der Zeit

Erika Thurner

Mein erstes Kennenlernen von Institut und Beschäftigten fand ab Mitte der 1980er Jahre statt. Ein Teil des Personals war mir bereits bekannt, durch deren Publikationen sowie deren Präsenz in der Öffentlichkeit. Mit anderen ergaben sich durch gleichgerichtete gesellschaftswissenschaftliche Projekte Kontakte. Die Überschneidung zwischen den in Österreich damals jungen Disziplinen Politikwissenschaft und Zeitgeschichte ergab sich fast zwangsläufig, Institute und Personal waren überschaubar. Von der Linzer Uni, aus dem Zeitgeschichte-Institut im 6. Stock des „Chemieturms“ kommend, erschien mir die Innsbrucker Politikwissenschaft — im Anbau des Innrain 52, ebenerdig zum Inn hin gelegen — als geradezu gemütlich. Platz gab es zwar wenig, aber immerhin genug für einen kleinen Gemeinschaftsraum, in dem nicht nur wöchentliche Team-Besprechungen abgehalten wurden, sondern an vielen Mittagen eine Mehrzahl der Beschäftigten und Lehrenden zusammentraf. Neben dem Verzehr der „Sozialsemmel“, dem Brötchen aus der Mensa, fand viel Austausch und Diskussion statt.

Davon konnte ich mich ab Oktober 1992 intensiver überzeugen. Zunächst als Karenzvertretung, dann als Lehrbeauftragte bzw. Gastprofessorin erfuhr ich von Anbeginn an gastfreundliche Aufnahme. Wer die angenehme Atmosphäre und die hohe Transparenz zu schätzen wusste, erfuhr rasch volle Integration ins niederhierarchische System. Es gab keine Titel — auch nicht an Türschildern — und viele Alltagstätigkeiten wurden gleichsam aufs gesamte Personal verteilt: so der Bibliotheksdienst, das Postholen im alten Hauptgebäude, aber auch diverse administrative Tätigkeiten. All dies förderte den Austausch untereinander, Gespräche gab es nicht nur mit jenen, mit denen thematische Verknüpfungen gegeben waren. Diskutiert wurde über allgemein politische Fragen ebenso wie über Instituts- und Universitätsbelange. Es war die Zeit, in der die Mehrzahl der jüngeren KollegInnen ihre Habilitationsverfahren positiv abschlossen; so war des Öfteren gemeinsames Feiern angesagt.

Diese Jahre waren gesellschaftspolitisch durch Erschütterungen geprägt. Ab Oktober 1993 setzte die erste Briefbombenserie ein. So erfor-

derte der Postdienst besondere Aufmerksamkeit, zumal mehrere Personen des Instituts durch Themen, Bekanntheitsgrad und Engagement als Zielscheibe in Frage gekommen wären. Zum Glück blieb das Institut verschont. Österreichische Minderheitenangehörige und ihnen zugeordnete gesellschafts-politische VertreterInnen traf es — der Höhepunkt im Februar 1995 — mit voller Härte.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als eine personelle Aufstockung gelang, wurde es noch enger am Innrain. Doch damals stand eine Instituts-Zukunft im SOWI-Neugebäude am Gelände der ehemaligen Fenner-Kaserne bereits in Aussicht. Die Übersiedlung ins großzügige neue Institut erfolgte im Februar 1999. Alle fix Beschäftigten konnten ein relativ großes, eigenes Büro beziehen. Die wöchentliche Dienstbesprechung und ein gemeinsames Privatissimum waren über Jahre hinweg selbstverständliche Fixtermine. Dies sorgte auch im Großinstitut für inhaltliche Diskussionen, breitgefächerte Information und Zusammenhalt.

Die fortschreitende Technisierung, die bessere PC- und Internetausstattung hat nach und nach mit dazu beigetragen, dass die Kontakte untereinander flüchtiger wurden. Der Griff in die Tasten, um ZimmernachbarInnen eine E-Mail-Mitteilung zu machen, ersetzte häufig das persönliche Gespräch. Die Zunahme von Abschluss-Prüfungen — bedingt durch das Auslaufen von Studienordnungen sowie der Einführung von Studiengebühren unter „Schwarz-Blau" — brachte zwar weiterhin, zumindest für den jeweiligen Prüfungsakt, KollegInnen zusammen. Das Einschwenken auf die Bologna-Vereinbarungen und die damit verknüpften Studienpläne sowie die durch das UOG 2002 anlaufenden gesamt-universitären Strukturveränderungen beschleunigten einen atmosphärischen Wandel — auch am Institut. Geringere Durchlässigkeit von Informationen, sektorale Besprechungen und Entscheidungen ersetzten zuvor praktizierte Diskussions- und Mitbestimmungsprozesse.

BefürworterInnen, die die Autonomie so positiv „als Weg ins Freie" bezeichneten, konnten eigentlich wissen, dass auch Universitäten kein politikfreier Raum sind, sodass Macht- und Verteilungskämpfe nicht losgelöst von ökonomischen Vorgaben (Eingriffen) ablaufen. Und Qualitätskriterien bzw. Bedeutungszuordnungen sind sogar in den klassischen naturwissenschaftlichen Disziplinen kaum objektiv, absichts- und zweckungebunden festzulegen.

Meine Bilanz aus immerhin 24 Instituts-Jahren, ab Sommersemester 1999 als außer-ordentliche Universitätsprofessorin mit Fixanstellung: Im Rahmen des vorgegebenen Rahmens war es mir möglich — neben der Vermittlung von Basis-Wissen — Generationen von Studierenden gesellschaftspolitisch wichtige, brisante Themen nahezubringen, sie auf Zusammenhänge aufmerksam zu machen. Im Idealfall gelangen Sensibilisierung und Immunisierung gegen demokratie-gefährdende Entwicklungen.

Die vielfältigen Wege der politischen Bildungsarbeit

Reinhold Gärtner

Es muss irgendwann im Sommer 1984 gewesen sein.

Ich hatte mein Lehramtsstudium beendet und erfahren, dass es einen Hochschullehrgang Politische Bildung für LehrerInnen gebe. Für Anmeldungen dazu sei Bernhard Natter am Institut für Politikwissenschaft zuständig.

Ich ging also zu Bernhard ans Institut und fand ihn ruhig an seinem Schreibtisch sitzen, noch nicht ahnen könnend, dass ich etwa ein Jahr später als Akademikertrainee für die Gesellschaft für politische Aufklärung an ebendiesem Schreibtisch und in ebendiesem Institut angesiedelt sein würde (das aber, ohne Bernhard zu verdrängen, der mittlerweile in einem anderen Büro Platz gefunden hatte und, wie ich, nach wie vor Teil des Instituts ist).

Ich absolvierte daraufhin den Hochschullehrgang, zunächst das Seminar des Instituts und anschließend zahlreiche weitere an anderen Universitätsinstituten. Politische Bildung sollte ein wichtiger Bestandteil meiner zukünftigen beruflichen Tätigkeit werden; ab 1986 war ich (neben Anton Pelinka, Richard Hussl, Sieglinde Rosenberger und Bernhard Natter) Teil des Leitungsteams des Seminars „Politisches Alltagsverständnis" — es folgten unzählige PB-Wochenseminare im Rahmen des Hochschullehrgangs (später ULG bzw. Masterlehrgang); weitere mit den AKs Wien, Steiermark und Oberösterreich. Ganz zu schweigen von den Ein-, Zwei- oder Dreitagesseminaren.

Und es folgten zwischen 1986 und 1999 insgesamt 14 Studienreisen zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau mit jeweils ca. 40 TeilnehmerInnen; im Rahmen meiner Tätigkeit für die Gesellschaft für politische Aufklärung die Herausgabe der Informationen der Gesellschaft für politische Aufklärung sowie die Organisation mehrerer Ausstellungen an der Uni Innsbruck (davon zwei sehr große: „Die Welt der Anne Frank" und „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht"; daneben einige kleinere aber nicht

weniger wichtige: speziell zu nennen ist dabei „Kunst zum Überleben – gezeichnet in Auschwitz").

Maßgeblich beeindruckt haben mich einige Personen, die ich im Rahmen dieser Tätigkeiten kennenlernen konnte: Zu diesen gehörten u.a. Anton Pelinka, Hermann Langbein und Fritz Kleinmann.

Anton Pelinka war bereits damals, Mitte der 1980er Jahre, über Österreich hinaus bekannt und angesehen. Für mich war (und ist) das Besondere an Anton Pelinka nicht nur seine fachliche Kompetenz, sondern mindestens ebenso die permanente Unterstützung, die ich von ihm bekam. An vielen (Universitäts)Instituten war gang und gäbe, dass jüngere InstitutsmitarbeiterInnen den Professoren zuzuarbeiten hatten. Nicht wenige der altehrwürdigen Herren (Frauen waren noch nicht so sehr vertreten) zeigten eine penetrante Arroganz und ließen die jüngeren spüren, wie die Macht verteilt war.

Nicht so Anton Pelinka. Wenn es darum ging, gemeinsam zu publizieren, dann stand am Ende auch ein gemeinsames Produkt. Und dass ich meine Laufbahn am Institut fortsetzen konnte, war wesentlich auch Antons Verdienst. Er versuchte aus einer zunächst wenig abgesicherten Stelle eine dauerhafte zu machen. Und vom mittlerweile an Universitäten so gebräuchlichen *hire and fire* Prinzip blieb ich zumindest verschont.

Hermann Langbein hatte nichts direkt mit dem Institut zu tun, er war aber Vorstandsmitglied der Gesellschaft für politische Aufklärung. Hermann Langbein — während der NS-Zeit Häftling u.a. in den KZs Dachau, Auschwitz und Neuengamme und später geehrt als einer der wenigen Österreicher unter den *Gerechten unter den Völkern* — war zum einen ein ganz wichtiger Chronist von Auschwitz, zum anderen ein Mensch, dessen Konsequenz und Aufrichtigkeit mehr als nur beeindruckend war. Hermann Langbein war einer der ehemaligen KZ-Häftlinge, deren Schilderungen und Lebensberichte so prägend für Angehörige jüngerer Generationen sein konnten.

Ein anderer war Fritz Kleinmann. Als 16-Jähriger war er in einem Transport mit mehr als 1000 anderen Juden nach Buchenwald deportiert worden, von dort später nach Auschwitz und Mauthausen. Kleinmann hatte (gemeinsam mit seinem Vater) die KZ-Haft überlebt und ich konnte ihn und seine Lebensgeschichte kennenlernen, mit ihm Mitte der 1990er Jahre das KZ-Tagebuch seines Vaters und seine persönlichen Erinnerungen publizieren.

Mit beiden — Hermann Langbein und Fritz Kleinmann — war ich sehr oft in Schulen und war immer wieder fasziniert von ihren Lebensgeschichten und vor allem davon, wie sie mit SchülerInnen über die NS-Zeit und ihre diesbezüglichen Erfahrungen redeten. Geblieben sind mir die Themen: Österreichs politisches System; der Umgang Österreichs mit der NS-Vergangenheit; Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und vor allem

die Politische Bildung. Und einige andere sind dazugekommen. Ich möchte einige wenige Punkte herausgreifen:

Seit Anfang der 1980er Jahre ist — wie oben kurz angesprochen — unser Institut im Bereich Politische Bildung tätig. Nach der Odyssee des Hochschullehrgangs Politische Bildung und dessen mehr oder weniger mutwilligen Demontage vor einigen Jahren blieb uns das Thema. Inzwischen sind Bernhard Natter und ich dem Institut für Fachdidaktik teilzugeordnet und unterrichten dort Politische Bildung für Lehramtsstudierende. Daneben ist die außeruniversitäre Fortbildung von Lehrpersonen im Bereich der Politischen Bildung nach vor Teil unserer Arbeit.

Zur Politischen Bildung gehört auch das Politiklexikon für junge Leute. Im Zuge der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre (2007) wurden im damaligen bmukk (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, jetzt bmbwf) überlegt, wie der Wissenstand über Politik bei Jugendlichen gesteigert werden könnte. Eine daraus resultierende Maßnahme war das Politiklexikon. Neben der Printversion wurde 2008 auch eine Online-Version des Lexikons erstellt (www.politik-lexikon.at/); dieses Online-Lexikon erfreut sich nachhaltiger Beliebtheit: Im ersten Halbjahr 2017 griffen im Monatsdurchschnitt rund 53.000 NutzerInnen (unique visits) und rund 90.000 BesucherInnen (visits) auf das Online-Lexikon zu.

Außeruniversitär sind auch die Kurse für rechtsextrem auffällige Jugendliche: Im Jahr 1996 kam ein Schreiben von Günther Böhler, damals Richter am Landesgericht Innsbruck, an Anton Pelinka mit der Bitte Überlegungen anzustrengen, ob und wie eine Fortbildungsveranstaltung für rechtsextrem auffällige Jugendliche Sinn machen könnte. Daraufhin entwickelten Anton und ich ein Konzept für solche Kurse (Titel „NS-Geschichte und Ideologie“) und wir schlugen Richter Böhler vor, diesen Kurs für die Angeklagten anzubieten. Ursprünglich hatten wir vor, den Kurs gemeinsam abzuhalten, wegen eines damaligen USA-Aufenthalts von Anton Pelinka blieb diese Aufgabe bei mir — und auf Grund der positiven Erfahrungen gingen die Kurse in Serie: In weiterer Folge wurden die Kurse jeweils dann abgehalten, wenn Personen vom Gericht die entsprechende Weisung zur Teilnahme an einem Kurs bekamen. Zeitlich wurde die Abhaltung jeweils an die Möglichkeiten der TeilnehmerInnen angepasst. Die Jugendlichen waren teilweise in Ausbildung (Schule oder Lehre), teilweise berufstätig (oder — seltener — arbeitslos), manche leisteten ihren Präsenzdienst ab, andere wiederum hatten eine Haftstrafe zu verbüßen. Die Gruppengröße variierte; es waren in seltenen Fällen auch vier oder fünf Personen im Kurs, meistens jedoch weniger (zwischen 1–3). Generell ein großer Vorteil war (und ist), dass mit 10-12 Stunden eine relativ lange Zeit zur Behandlung des konkreten Themas Verfügung steht.

Insgesamt wurde der Kurs „NS-Geschichte und Ideologie“ in den 20 Jahren zwischen 1997 und 2018 mehr als 30-mal für knapp 90 Jugendliche abgehalten. Gegen alle Jugendlichen gab es Anklagen wegen vermuteten

Verstoßes gegen das Verbotsgesetz, entsprechend der Schwere der Delikte war für manche mit dem Kurs die Sache erledigt, bei schwereren Fällen kam die Weisung, den Kurs zu besuchen zusätzlich zu gerichtlichen Verurteilungen. Die Jugendlichen waren — mit sehr wenigen Ausnahmen — zum Tatzeitpunkt jünger als 18 Jahre. In der überwiegenden Mehrheit waren die Teilnehmer männlich, Frauen waren nur sehr vereinzelt einschlägig tätig geworden. Nach wie vor werden die Kurse von mir abgehalten. Der bislang letzte Kurs fand im März 2018 statt.

Immer Spaß gemacht hat mir die Lehre. Mehr als 180 Lehrveranstaltungen haben sich im Lauf der Zeit angesammelt. Wenn dann jemand im Evaluierungsbogen schreibt, dass es sich mehr als auszahle, für eine meiner Vorlesungen am Freitag bereits um 08.00 Uhr an der Uni zu sein, stärkt das das Selbstvertrauen.

Das Institut hat sich — wenig überraschend — massiv verändert. Waren in meiner Anfangszeit hier sieben Menschen beschäftigt, so sind es jetzt mehr als zwanzig. War die Zahl der Studierenden in der Anfangszeit relativ überschaubar, so ist auch das völlig anders geworden.

Es gab viele Höhen und manche Tiefen. Wenn ich aber abschließend auf die mittlerweile mehr als 30 Jahre Tätigkeit am Institut zurückblicke, bleibt primär die Erinnerung an sehr viel Positives: Der von Beginn an großteils kollegiale Umgang miteinander; die Unterstützung seitens anderer KollegInnen; die Freiheit im wissenschaftlichen Arbeiten; die Chance zur permanenten intellektuellen Herausforderung oder die Möglichkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse in die außeruniversitäre Öffentlichkeit zu transportieren.

Es gab auch so manches Negative — das aber ist retrospektiv nicht mehr wirklich relevant.

Literatur

Reinhold Gärtner, 2010, Politiklexikon für junge Leute, 2. aktualisierte Auflage. Wien: Jungbrunnen.

Beiträge zu Stärkung der Fortbildung von LehrerInnen in Politischer Bildung

Bernhard Natter

Zwei Szenen aus Seminaren zur Politischen Bildung:

- Zweite Hälfte der 1980er Jahre in mehreren unserer Wochenseminare im österreichweiten Hochschullehrgang „Politische Bildung für LehrerInnen“: Die TeilnehmerInnen initiieren Protestschreiben und Unterschriftenaktionen an das Unterrichtsministerium für die ungehinderte Teilnahmemöglichkeit und den weiteren Ausbau des gerade etablierten und gut nachgefragten Lehrgangs.
- Anfang des Sommersemesters 2018 nach der online-Anmeldung für die Pflichtlehrveranstaltung „Didaktik der Politischen Bildung“ im Lehramtsstudium „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ an der Universität Innsbruck: Zwei Studierende möchten aus zeitlichen Gründen wechselseitig einen Tausch mit einer anderen Lehrveranstaltung in Politischer Bildung vornehmen, was ihnen selbstverständlich genehmigt wird, da sie beide die curricularen Voraussetzungen dafür erfüllen.

Anhand dieser konkreten und an sich banalen Anmeldevorgänge bei Seminaren zur Politischen Bildung lassen sich die strukturelle Möglichkeiten und Grenzen für das Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck verdeutlichen, sich in der Fort- bzw. Ausbildung von LehrerInnen einzubringen – zwischen Fortbildungsangeboten, die weitgehend im Bereich der Schulverwaltungen der Bundesländer organisiert sind, und Pflichtlehrveranstaltungen in Politischer Bildung, die erst seit dem Beginn der neuen Lehramtsausbildung mit dem Studienjahr 2016/17 im Fach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung möglich sind.

Anton Pelinka, der Gründer, langjährige Vorstand des Instituts für Politikwissenschaft und Initiator der Voll-Studienrichtung an der Universität Innsbruck, ermöglichte es mir – nach schulischen Lehrtätigkeiten als *assistant teacher* in englischen *Comprehensive Schools* und Tiroler AHS, einer

ideologiekritischen Dissertation über Volksbildungsliteratur im Austrofaschismus und redaktioneller Tätigkeit bei der bildungspolitischen Zeitschrift „erziehung heute" – ab 1984 zunächst über projektbezogene Anstellungen und schließlich als Bundeslehrer im Hochschuldienst neben einer Lehrtätigkeit in der Studienrichtung Politikwissenschaft vor allem auch an Aktivitäten im Bereich der Politischen Bildung mitzuwirken.

Erinnerungspolitische Angebote für Schulen zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs waren von Anfang an und für viele Jahre ein zentraler Teil meiner Tätigkeit: Am wichtigsten in diesem Bereich waren die Organisation und Begleitung von ZeitzeugInnen, die über ihre Erfahrungen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus bei Schulveranstaltungen in Tirol und Vorarlberg im Auftrag der Abteilung Politische Bildung des Unterrichtsministeriums erzählten und mit den SchülerInnen diskutierten. Ein weiteres mehrjähriges Angebot für Schulen in diesem Themenfeld waren die vom Landesschulrate für Tirol in Auftrag gegebenen und mit KollegInnen aus dem Bereich der Zeitgeschichte entwickelten Rundgänge zum Nationalsozialismus in Innsbruck. Geschichtspolitische Fragestellungen haben in den Jahren ab 1986 durch die öffentlichen Auseinandersetzungen rund um die Waldheim-Affäre und den aufkommenden Rechtspopulismus für die Politische Bildung an Bedeutung und Brisanz gewonnen.

Die Stärkung der schulischen Politischen Bildung über die LehrerInnenaus- und -fortbildung ist stark von strukturellen schulpolitischen Gegebenheiten abhängig. Die Politikwissenschaft ist zwar eine wichtige Bezugswissenschaft für Inhalte der Politischen Bildung, als Nicht-Lehramtsstudienrichtung in Österreich zunächst aber ohne faktische Relevanz in der LehrerInnenausbildung. Zudem ist die Organisation der offiziellen LehrerInnenfortbildung traditionellerweise bis heute im Kompetenzbereich der Schulverwaltungen der Bundesländer angesiedelt (über die Pädagogischen Institute bzw. Weiterbildungsabteilungen der Pädagogischen Hochschulen) und damit abseits der universitären Lehramtsstudien.

Mit dieser Tradition hat der Hochschullehrgang und spätere Universitätslehrgang „Politische Bildung für LehrerInnen" (mit der Möglichkeit eines Masterabschlusses) von der Entwicklungsphase ab 1980 an über 30 Jahre gebrochen: in seinem interuniversitären, interdisziplinären und österreichweiten Charakter mit zentraler Finanzierung durch das Bildungsministerium, seiner Überwindung der traditionellen Grenzen zwischen den Schultypen, -fächern und -stufen und seiner Integration von Inhalten (Geschichte, Gesellschaft, Politik) und sozialem Lernen im Format von Wochenseminarblöcken.

Ausgangspunkt für dieses vielfältige Fortbildungsangebot war die Überlegung, die ministerielle Zielbeschreibung eines – per se unverbindlich bleibenden – Unterrichtsprinzips Politische Bildung (1978) für alle

Schultypen und -fächer bei interessierten LehrerInnen mit Leben zu füllen. In seinen Zielen sollte der Grundsatzerlass der Förderung von Demokratie durch die Schule auf der Basis eines stärker gesellschaftsbezogenen, konflikthaften, partizipatorischen Politikverständnisses dienen. Diese inhaltliche und didaktische Neuorientierung für die Politische Bildung durch das Unterrichtsministerium, die allerdings keine verbindliche Verankerung im Fächerkanon der österreichischen Schulen und damit auch nicht in der LehrerInnenausbildung brachte, löste zunächst Befürchtungen bei konservativ ausgerichteten Schulverwaltungen – besonders in den westlichen Bundesländern – aus, die sich vor allem in bürokratischen Hürden für die Teilnahme an Seminaren des Lehrgangs Politische Bildung zeigte und sich in der ersten Szene am Beginn dieses Beitrags ausdrückt.

Unser Seminarteam am Institut für Politikwissenschaft (besonders Anton Pelinka, Richard Hussl, Reinhold Gärtner, Sieglinde Rosenberger und ich) entwickelte ein 5-tägiges Pflichtseminar zur grundsätzlichen Auseinandersetzung der TeilnehmerInnen mit Politik- und Demokratieverständnissen anhand von jeweils möglichst aktuellen Beispielen aus verschiedenen Politikfeldern. Die eingesetzten Methoden wie Partner- und Gruppenarbeiten (z.B. mit Fragebögen oder Szenarien, Rollen- und Planspielen und Exkursionen) sollten neben kompakten Input-Blöcken ein diskursives Vorgehen sicherstellen und eine Rückbindung an eigene Erfahrungen der TeilnehmerInnen begünstigen.

Besonders im ersten Jahrzehnt des Lehrgangs (unter der Leitung von Gertraud Diem-Wille) wurde das Gesamtkonzept und die Weiterentwicklung des Lehrgangs, die Verzahnung der Pflicht- und Wahlseminare, der eher inhaltlichem und dem sozialem Lernen verpflichteten Teile, die Integration der schulpraktischen Phasen und deren Reflexion in die Seminardesigns in vielen Koordinationstreffen besprochen. An diesen zahlreichen inhaltlichen und methodisch-didaktischen Koordinationssitzungen und Workshops mit sehr kooperativen Entscheidungsfindungsprozessen konnte ich als Vertreter unseres Seminarteams teilnehmen – ein Austausch über unterschiedliche Auffassungen Politischer Bildung, der für mich sehr befruchtend war. Die Entwicklung des Hochschul- bzw. Universitätslehrgangs hin zu einem Master-Programm brachte einerseits stärkere Verbindlichkeiten und durch die Seminar- und Masterarbeiten eine stärkere thematische Vertiefung für die TeilnehmerInnen, andererseits aber auch Verluste in der schulpraktischen Wirkung für die Politische Bildung in Hinsicht auf didaktisch-methodische und Fragen sozialen Lernens.

Für den Universitätslehrgang konnte ich dann mit einem anderem Team aus unserem Institut (zuerst Zdeněk Mlynář und Rainer Nick und dann mehrmals Carola Bielfeldt und Gerhard Mangott zusammen mit Paul Luif) ein stark nachgefragtes, fünftägiges Wahlseminar nach den didaktisch-methodischen Kriterien des Lehrgangs zur Politik in Europa zusammenstellen und öfters anbieten. Mit Reinhold Gärtner und Cornelia

Klepp von der Lehrgangsleitung haben wir dann noch ein neues Format für ein Einführungsseminar konzipiert und mehrmals durchgeführt.

Ebenfalls eine systematische, jahrelange Tätigkeit in unserem Institutsteam des Demokratie-Seminars stellen die auch im Wochenformat in Kooperation mit den Kammern für Arbeiter und Angestellte Wien, Steiermark, Oberösterreich und Tirol durchgeführten Hochschulkurse zur Politischen Bildung dar (besonders zu den Veränderungen im politischen System Österreichs und in der europäischen Politik). Diese zertifizierten Sommer-Hochschulkurse wurden schließlich auch als Wahlseminare im Universitätslehrgang Politische Bildung angerechnet, weil sie für den Lehrgang eine kostengünstige inhaltliche Bereicherung mit einem ähnlichen didaktisch-methodischen Konzept bedeutete und für manche TeilnehmerInnen auch den Einstieg in den gesamten Lehrgang.

Nach dem Ende des Universitätslehrgangs Politische Bildung für LehrerInnen als breites Fortbildungsprogramm – unsere letzten drei Wochenseminare als Institutsteam führten wir im Studienjahr 2009/10 durch – beteiligte ich mich weiterhin an Angeboten im Fortbildungsbereich der Pädagogischen Institute bzw. Hochschulen in den Formaten von halb- oder ganztägigen Seminaren. Wegen des Fehlens eines systematischeren Angebots in Politischer Bildung im offiziellen Programm der für LehrerInnenfortbildung zuständigen Abteilung der Pädagogischen Hochschule Tirol habe ich in Abstimmung mit Reinhold Gärtner und Thomas Stornig (Institut für berufsbegleitende Professionalisierung an der PH Tirol) im Jahr 2014 einen einjährigen Lehrgang Politische Bildung für LehrerInnen aller Schultypen initiiert und konzipiert, der im laufenden Schuljahr 2017/18 in einer Kooperation unseres Instituts für Politikwissenschaft mit der PH Tirol zum dritten Mal durchgeführt wird. Anton Pelinka gestaltet übrigens in Verbundenheit mit unserem Team einen Seminartag.

Der Lehrgang versucht inhaltliche Fragen der Politischen Bildung (Politik- und Demokratiebegriffe, aktuelle Konfliktlinien und Strukturen österreichischer und europäischer Politik, Politikverdrossenheit in der Demokratie, politische Kommunikation und Medien), didaktisch-methodische Zugänge (aktivierende Methoden, Zugangsweisen zur Bearbeitung aktueller politischer Konflikte) und die Reflexion eigener schulpraktischer Vorhaben zu kombinieren. Aufgrund der beschränkten PH-Fortbildungsressourcen und um LehrerInnen mit unterschiedlichem Fachhintergrund und aus unterschiedlichen Schultypen ansprechen zu können, haben wir ein kompaktes Lehrgangsdesign entwickelt mit einem Wochen-Basisseminar vor Beginn des Schuljahres und zwei zweitägigen Follow-up-Seminaren jeweils gegen Semesterende mit unterrichtspraktischen Arbeiten dazwischen. Der Lehrgang findet also weitgehend in der schulfreien Zeit statt.

Zur Ausbildung von LehrerInnen hatten wir von der Studienrichtung Politikwissenschaft trotz des inhaltlichen Fachbezugs zur Politischen Bil-

dung keinen Zugang, weil Politikwissenschaft keine Lehramtsstudienrichtung ist. Nur im Wahlbereich der allgemeinpädagogischen Lehramtsausbildung konnten in den früheren Diplomstudien einzelne von Reinhold Gärtner und mir zu verschiedenen Aspekten der Politischen Bildung angebotene Seminare (z.B. zur Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich, zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung, zu handlungsorientierten Methoden, zur Planspielmethode oder zum Demokratie-Lernen) auch für Lehramtsstudierende angerechnet werden.

Bewegung in die Diskussion über den mangelnden Stellenwert schulischer politischer Bildung ist besonders wieder in Folge der Senkung des Wahlalters auf 16 im Jahr 2007 gekommen, weil es problematisch ist, wenn junge Menschen wahlberechtigt sind, ohne davor in der Schule gezielt mit Fragen von Politik und Demokratie konfrontiert worden zu sein. Die Abteilung Politische Bildung im Unterrichtsministerium reagierte auf diese Situation mit der Betonung der erforderlichen Kompetenzen für die Bildung mündiger BürgerInnen (Kompetenzmodell für die Politische Bildung) und in einem noch nicht abgeschlossenen Prozess mit der stärkeren curricularen Ausweisung der Teilbereiche der Politischen Bildung besonders im „Kombinationsfach“ mit Geschichte in den Mittel- und Oberstufen der verschiedenen Schultypen.

Diese uneinheitliche, nach verschiedenen Schultypen aufgesplitterte Entwicklung unterhalb der Schwelle eines eigenen Faches Politische Bildung, die sich schon in den unterschiedlichen Bezeichnungen für die verschiedenen Kombinationsfächer widerspiegelt, leidet vor allem auch an der Tatsache, dass mit Geschichte ein zwar inhaltlich nahestehendes, aber mit einem geringen Stundenkontingent ausgestattetes Trägerfach für das kleinere Teilfach Politische Bildung zur Verfügung steht. Positiv an diesen Lehrplanreformen ist die curriculare Sichtbarmachung der Politischen Bildung im Kombinationsfach mit Geschichte, die nicht nur als Ableitung aus geschichtlichen Themenbereichen und Fragestellungen aufscheint. Mit der Reform der LehrerInnenausbildung für die Sekundarstufen I und II im Verbund der Universität Innsbruck mit den Pädagogischen Hochschulen der Westregion wurden neue Curricula gerade auch im Bereich der Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung entwickelt.

Mit Unterstützung der Leitung der School of Education und den mit der Curriculumreform in der Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung betrauten KollegInnen, konnte ich als Vertreter des Instituts für Politikwissenschaft mit Reinhold Gärtner abgestimmte Vorschläge zur Profilbildung für das Teilfach Politische Bildung präsentieren, die dann auch Eingang in das Geschichte-Curriculum fanden und auch von uns beiden seit dem Studienjahr 2016/17 umgesetzt werden: In einer 3-stündigen Vorlesung „Basiswissen Politische Bildung“ soll ein gegenwarts- und strukturbezogenes inhaltliches Verständnis des Politischen in seinen verschiedenen Ausprägungen entwickelt werden. In der

2-stündigen Übung „Fachdidaktik Politische Bildung" soll eine Auseinandersetzung mit verschiedenen politikdidaktischen und methodischen Zugängen zur Entwicklung politischer Kompetenzen angeregt und an Praxisbeispielen erprobt werden. In unserem Selbstverständnis stellt diese Tätigkeit einen kleinen Beitrag der Politikwissenschaft zur Profilierung des kleinen Teilfaches Politische Bildung im Rahmen des Kombinationsfaches mit Geschichte dar, und wir sind – wie die zweite Szene am Beginn dieses Beitrages zeigt – mit allen Vor- und Nachteilen in der Normalität universitärer Pflichtlehrveranstaltungen auch in der Lehramtsausbildung angekommen.

Zdeněk Mlynář – Wider den Strom

Anton Pelinka

Zdeněk Mlynář war kein Mensch, der sich rasch in den Vordergrund drängte. Wer ihn nach 1977, als ihn die Büttel des Husak-Regimes nach Österreich ausgewiesen hatten, kennenlernte, nahm einen eher ironisch-distanzierten Menschen wahr — eine Haltung, die man auch als „weise" bezeichnen konnte. Diese Distanz befähigte ihn auch zu einer nüchtern-analytischen Einschätzung des politischen Geschehens in seiner Heimat, der (damaligen) ČSSR, und im gesamten sowjetischen Einflussbereich. Der Jurist Mlynář, anfang der 50er Jahre in Moskau ausgebildet, konnte so zum Sozial- und Politikwissenschafter werden: von seinem Forschungsobjekt bewegt, aber von ihm nicht beherrscht; sein Wissen als betroffener Zeitzeuge und verantwortlicher Akteur nützend, aber über die persönliche Erfahrung hinaus die Gegenwart erfassend.

In seinem in viele Sprachen übersetzten Buch „Nachtfrost" lieferte Mlynář nicht nur die wahrscheinlich wichtigste Zeugenaussage über die Ereignisse im August 1968 in Prag und Moskau. Er verdeutlichte auch, was ihn in die Schlüsselrolle eines Sekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der ČSSR gebracht hatte: der Idealismus, der viele junge Tschechen und Slowaken nach 1945 blind für die Erscheinungen des Stalinismus machte; die Übernahme des dichotomischen Weltbildes des orthodoxen Kommunismus in den Zeiten des Kalten Krieges.

Dieser Idealismus des jungen Mlynář hatte natürlich spezifisch tschechische Züge: In keinem anderen Land des (späteren) Ostblocks hatten — zunächst — die Sowjetunion und die Kommunistische Partei eine so hohe Glaubwürdigkeit, gestützt auf den historischen Protest gegen München und auf die Rolle der KP im nationalen Widerstand. In „Nachtfrost" setzte sich Mlynář (selbst)kritisch mit den Fragen auseinander, warum er und so viele andere sich den verbrecherischen Charakter des Regimes erst so spät einzugestehen vermochten.

Mlynář war ab Anfang 1968 im engsten Kreis um den neuen Generalsekretär der Partei, Alexander Dubček. Er entwickelte Konzepte, um eine sozialistische Ökonomie mit liberaler Demokratie verbinden zu können. Er war Zeuge der verschiedensten Kontakte — auch der Warnung, die

kurz vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen János Kádár persönlich an Dubcek richtete: Er dürfe keinem der Worte glauben, die aus dem Kreml kommen; denn dort wären „Verbrecher“ am Werk. Mlynář war dann bei denen, die unmittelbar nach dem Einmarsch als faktisch Gefangene nach Moskau gebracht und dort dem Druck des Politbüros der KPdSU ausgesetzt waren. Seine Schilderung der Gespräche und der Atmosphäre, die zwischen direkter Erpressung und Bruderküssen hin- und herschwankte, zählt zu den spannendsten Dokumenten des Herrschaftsstils der poststalinistischen Diktatur.

Anders als Dubček machte sich Mlynář keine Illusionen über den Charakter der sowjetischen Okkupation. Bevor er seine Ämter verlor, zog er sich selbst zurück — in das Nationalmuseum, wo er fast ein Jahrzehnt hindurch in der Käferforschung tätig war. Er wurde so zum vermutlich einzigen Sozialwissenschafter der Welt, dessen Name in den Indices der Forschung zur Politik wie auch der Forschung zu Käfern aufscheint.

Am Beginn des Jahres 1977 unterschrieb er die Charta 77 — und wurde vom Regime prompt des Landes verwiesen. Bruno Kreisky sorgte dafür, dass er in Österreich leben und arbeiten konnte — am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Mlynář schaffte sich bald einen Namen als Experte über die Entwicklungstendenzen der Systeme „sowjetischen Typs“. Er leitete eine internationale Forschungsgruppe, die sich mit den Voraussetzungen und Möglichkeiten eines grundsätzlichen Wandels dieser Systeme beschäftigte — das, was einige Jahre später unter dem Begriff „Transition Research“ zum spannendsten Thema der Politikwissenschaft werden sollte. Er habilitierte sich für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, und nach Gastprofessuren wurde er 1989 an dieser Universität auch Professor.

In der Zwischenzeit hatte ihn seine Vergangenheit schon wieder eingeholt: Michael Gorbatschow, sein engster persönlicher Freund aus der Zeit seines Moskauer Studiums, wurde Generalsekretär der KPdSU, und Mlynář war der einzige Mensch im Westen, der diesen zunächst so rätselhaften Mann persönlich kannte. Einladungen nach Washington waren die Folge, aber auch eine neue Medienprominenz.

Als im November 1989 das Husak-Regime — das zu schützen sich Gorbatschow geweigert hatte — endlich stürzte, durfte Mlynář wieder nach Prag. Diese Rückkehr wurde zu seiner großen Enttäuschung: Er glaubte, dort fortsetzen zu können, wo er (und andere) im August 1968 gewaltsam unterbrochen worden war. Doch daran war in der Tschechoslowakei der Jahreswende 1989/90 niemand interessiert, niemand wollte einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, (fast) alle wollten Kapitalismus pur. Und kaum jemand wollte darüber reden, warum Menschen, die ihr persönliches Arrangement mit dem Husak-Regime getroffen hatten, bald die antikommunistischen Dissidenten verdrängen und über die reformkommu-

nistischen Dissidenten sich ein moralisches Urteil erlauben durften. Die Kollaborateure warfen dem zwangsexilierten Mlynář Kollaboration vor ...

Gemessen an diesen dramatischen und oft auch bitteren Ereignissen war die Lehr- und Forschungstätigkeit für Zdeněk Mlynář ein Ruhepol. Er etablierte in Innsbruck einen Schwerpunkt der Mittel- und Osteuropaforschung. Jede(r), der (die) ihn als Lehrer erleben konnte, war von seiner didaktischen Fähigkeit beeindruckt. Als er sich 1993 — vorzeitig, aus Gesundheitsgründen — in die Pension zurückzog, konnte er in Innsbruck etwas zurücklassen, das von Dauer war: Freundschaft, Respekt, Wissen.

Politikwissenschaft als Beruf – Oder: Vom (wissenschaftlichen) Nachwuchs

Martin Senn

Entscheidet man sich für „Wissenschaft als Beruf", so gilt es nicht nur mit dem von Max Weber so treffend diagnostizierten „wilden Hazard" umzugehen, der sich aus dem komplexen Zusammenwirken von budgetären und bürokratischen Rahmenbedingungen, akademischen Hierarchien, paradigmatischen und zwischenmenschlichen Konflikten, Begutachtungen und Besetzungsverfahren ergibt. Es gilt ebenfalls in eine Reihe von unterschiedlichen Rollen zu wachsen, die nicht selten mit gegenläufigen Anforderungen einhergehen. So ist also Wissenschaft und damit auch Politikwissenschaft als Beruf nicht zuletzt der Umgang mit den Rollen eines Forschenden, einer akademischen Lehrerin und Mentorin, eines akademischen Funktionsträgers und, in vielen Fällen, auch jener einer Mutter oder eines Vaters. Dass diese letzte Rolle untrennbar und in vielerlei Hinsicht mit Wissenschaft als Beruf verbunden ist, kann jeder bestätigen, der nach einer durchwachten Nacht am Kinderbett an einem Projektantrag gearbeitet oder entgegen den Erwartungen und dem vehementen Insistieren eines Kindes den Abend nicht beim Spielen sondern beim finalen Überarbeiten eines Artikels verbracht hat.

Dieser Beitrag ist jedoch keine kritische Bestandsaufnahme der oft beschworenen (und wohl selten erreichten) Work-Life Balance. Vielmehr möchte ich mit einem Augenzwinkern auf zwei kurze Episoden blicken, die ich in meinem Hineinwachsen in die Rollen eines akademischen Lehrers am Institut für Politikwissenschaft und eines Vaters mit Politikwissenschaft als Beruf erlebt habe.

Die erste Episode trug sich im Rahmen meiner ersten eigenständigen Vorlesung an der Universität Innsbruck zu. Genauer gesagt handelte es sich um den dritten Klausurtermin dieser Vorlesung, der an einem schönen Frühsommertag im Hauptgebäude der Universität stattfand. Als ich den Hörsaal betrat, war bereits eine kleine Gruppe von Studierenden anwesend, wobei ein Studierender in der ersten Reihe Platz genommen hatte.

Als ich meine Unterlagen in seiner Nähe ablegte, kam dieser Student — in äußerst charmantem Dialekt — auf die Vorlesung zu sprechen.

Zu meiner Überraschung eröffnet er mir, dass er weder die Vorlesung besucht noch die Pflichtliteratur für deren Klausur gelesen habe und er es lediglich versuchen wolle, ob „es auch so“ für eine positive Beurteilung reichen würde. Ich fand diese Aufrichtigkeit gegenüber dem Leiter der Lehrveranstaltung erstaunlich und auf ihre eigene Weise sympathisch. Jedoch musste ich bald erkennen, dass diese weniger einer gehörigen Portion adoleszenter Schneid oder Unbedarftheit geschuldet war, sondern schlichtweg dem Umstand, dass mich der Studierende aufgrund seiner kompletten Abwesenheit von der Vorlesung nicht als „seinen“ Lektor erkannt und wohl für dessen studentischen Mitarbeiter gehalten hatte, was man, ganz nebenbei bemerkt, ab einem gewissen Alter als Kompliment auffasst. Erst als ich begann, von „meiner Vorlesung“ zu sprechen, dürfte ihm bewusst geworden sein, wem er sich kurz zuvor so offenherzig mitgeteilt hatte. Ich glaube mich auch zu erinnern, dass sich seine Gesichtsfarbe für einen kurzen Moment doch merklich änderte.

Ob es dieser Studierende letztlich geschafft hat die Klausur „auch so“ zu bestehen, kann ich natürlich nicht preisgeben. Nur so viel sei gesagt: Ich habe damals bei der Korrektur der anonymisierten Klausurbögen insgeheim, ein wenig und gegen jede Wahrscheinlichkeit gehofft, dass der Studierende die Prüfung bestanden haben könnte, eben weil es eine so gänzlich andersartige und sympathische Begegnung gewesen war.

Die zweite Episode führt in die schöne Ortschaft Mikulov in Südmähren, in der ich im Sommer des Jahres 2017 einige Zeit mit meiner Familie verbringen durfte. Rückblickend verbinde ich mit Mikulov vor allem drei Dinge: das schöne Schloss, das inmitten der Ortschaft thront und ein Ort großer Faszination für meine Kinder war, die sich in den vielen schattigen Höfen und Winkeln auch an drückend heißen Sommertagen austoben konnten; der Wein der Region, der an den Abenden solcher Tage ein wenig Entspannung schenkte; und die Basilikum-Pflanze, um die es in dieser zweiten Episode gehen soll.

Diese Pflanze befand sich auf einer Fensterbank unserer kleinen Dachgeschoss-Wohnung und war von Beginn an das Objekt der Begierde unserer Kinder. Nachdem dieses Kraut an warmen und sonnigen Plätzen scheinbar am Besten gedeiht, war ein Ortswechsel, etwa auf den Kasten, keine Option. Ebenso war das — von mir angesichts der Beharrlichkeit unserer Kinder an sich favorisierte — sang- und klanglose Verschwinden des kleinen Strauches in einer Nacht-und-Nebel Aktion keine Option, denn dies wäre wohl spätestens bei der nächsten Portion des Lieblings-Nudelgerichts unserer Kinder zu einer noch größeren Herausforderung geworden. Und so blieb die Basilikum-Pflanze in der Reichweite unserer Kinder und wir mussten das ohnehin zarte Gewächs vor deren allzu häufigen Zugriffen schützen, um auch gegen Ende unseres Aufenthaltes noch ein

paar Blättchen ernten zu können. Vor allem unserer zweieinhalb-jährigen Tochter hatte es das Pflänzchen angetan — und das Alter von zweieinhalb Jahren hat ja bekanntermaßen seine Tücken.

Während dieses Aufenthaltes in Mikulov musste nun meine Frau aus beruflichen Gründen nach Österreich zurückreisen — just in dieser kurzen Zeit verschärfte sich einmal mehr die Krise um das nordkoreanische Raketenprogramm. Und so erreichte mich eines Vormittags eine Anfrage des Ö1-Außenpolitik Redakteurs Fabio Polly, ob ich kurzfristig für einige Fragen zur Verfügung stehen würde, die danach in einem Beitrag des Ö1-Mittagsjournals gesendet werden könnten.

Der einzige, große Haken an dieser Sache war meine Tochter, der ich mit ihren zweieinhalb Jahren und im Gegensatz zu meinem damals 5-jährigen Sohn nicht das Versprechen abringen konnte, für einige Minuten absolute Stille zu halten. Zwar wurden die Fragen nicht live gestellt, aber es war auch für die Aufnahme und Bearbeitung des Beitrags nicht mehr allzu viel Zeit übrig. So stand ich also an diesem heißen Sommertag inmitten unserer Dachgeschosswohnung, mit dem Telefon in der Hand, dem Kind auf dem Arm und merkte, wie in meiner Tochter die Unruhe zu brodeln begann. Es war also nur mehr eine Frage der Zeit, bis sie meinem medialen Treiben ein Ende bereiten würde.

Da sah ich es plötzlich vor mir, gleichsam als Helfer in der Not: das von meiner Tochter so heiß begehrte und von mir so verwunschene Basilikum-Kraut. Und so stand ich für den Rest des Interviews am Fenster der Dachgeschosswohnung, das Telefon zwischen Schulter und Ohr geklemmt, meine Tochter auf dem rechten Arm, ihr mit der linken Hand Blatt für Blatt die mediterrane Köstlichkeit verabreichend. Zwar war das Pflänzchen danach erheblich in Mitleidenschaft gezogen, aber das Interview war ohne Komplikationen im Kasten.

Es gäbe noch viele weitere Episoden zu verschiedenen Rollen des akademischen Lebens zu erzählen: etwa von der unvermittelten Rolle als akademischer Funktionsträger, die im Rahmen eines ad-hoc zusammengestellten und buchstäblich zwei Mann starken Empfangskomittees für die Botschafterin einer führenden, westlichen Industrienation in Österreich entstand; oder von der Rolle eines jungen Forschenden, der seine akademische Laufbahn im abenteuerlichen Kontext einer längst vergangenen und vergessenen Stiftungsprofessur für Europäische Sicherheitspolitik am Institut für Politikwissenschaft begonnen hat. Aber die Veröffentlichung dieser Episoden wird wohl noch bis zur nächsten Festschrift anlässlich der 50-Jahres-Feier unseres Instituts warten müssen.

A flatlander comes to Innsbruck

David M. Willumsen

The first time I was ever in Innsbruck was for my job interview. It was hot, humid, and with low grey clouds, and I lost my tie somewhere between the train and the department. I took the latter as a good omen when I walked into the room where the interviews took place — I was still quite far from being underdressed. After the interview, I made a joke to the selection committee that I'd heard there were mountains around Innsbruck, but since I hadn't seen any that day, I of course couldn't be sure they were in fact there. Clearly, my rigorous approach to the empirical study of the world impressed them enough to offer me the job, and my curiosity about those (still theoretical) mountains made sure I took them up on it.

My first office didn't help clarify the issue — I could see the (rear) wall of the Landestheater, the clean lines and exposed concrete reminding me of good, simple (dare I say Protestant?) architecture in Denmark. After a few months, I lucked into an office with a view of Innsbruck's Hausberg, the Patscherkofel, and can now confirm that the rumours of mountains around Innsbruck are true.

Having never lived in Austria before, I expected some cultural shocks. The seminar rooms with crucifixes were a surprise (to be fair, this was in the theology department building), as were the many, many Catholic holidays — but I cannot say that I don't find the latter very pleasant. At the same time, the mensa in our building tries its best to live up to stereotypes about Austrian cuisine, serving Wiener Schnitzel every day – although waistline fears do limit my colleagues and I to just once a week. *Freitag = Schnitzel-Tag*.

I first really got to know my colleagues on an institute away-day a couple of months into my time here in Innsbruck. We went to a snow-covered hut somewhere in the mountains of the Inn valley, and discussed the future of the department fuelled by large quantities of coffee and cake — *Kaffee und Kuchen* being the social glue that holds everything together here.

The students here were, and remain, much too polite. When I did my undergraduate degree in the UK, the best way to get a good grade was always to argue that whoever was teaching you was wrong — this is yet

to occur here … and I'm starting to doubt that it ever will. My students always look at me in a funny way when I tell them in the first class of the semester that I'll conduct the seminar on a first-name basis, and that they should call me David — some seem to get out of the problem by sending emails addressing me as "Professor David", which I have to admit is an elegant solution.

That the student elections could be won (as they were last year) by a conservative party did kind of shock me, although their offer of free hugs — as well as 1€ mojitos — did strike a chord. My previous experience of these events was such that I'd been socialized into expecting that student elections should be a fight to the (usually metaphorical) death between Leninists and/or Trotskyists and the cynical careerists in the Social Democrats, with a state-hating libertarian bringing up the rear. Status-quo conservatives rarely featured.

Tyrol and Innsbruck are, of course, conservative places. The first few weeks here involved eating a lot of take-away food after — yet again — failing to remember that after 19:00, everything is closed. Politically, the 2018 local elections also taught me that most Tyrolean towns and villages have (at least) two conservative parties. My best explanation for this is that otherwise the outcome of these elections would be too predictable for anyone to take an interest.

The small size of Tyrol (and Austria) does make for wonderful access to politicians, always a great thing for a political scientist. Invites for events involving the mayor and/or the Landeshauptman arrive regularly; none, however, will beat being spontaneously introduced by the head of department to "the former president" in my first month, and only slowly realizing that it wasn't the former president of the University (or even the ÖGPW!), but of the country itself. Now we politely say hello to each other whenever he's teaching in the department.

Innsbruck is, of course, also a very active place — hiking boots and shell jackets are borderline formal wear, and the institute summer hike was extended because the route originally proposed was considered too easy by my colleagues. I showed up in serious hiking boots, and everyone else was wearing shoes because "we're just going for a stroll" (note: The highest point in Denmark is 170.86 meters above sea level, the second highest 170.77 — you know a place is flat when centimetres are included when measuring altitude). This is also why we walked up, despite there being a perfectly good lift right next to where the hike started. The presence of a four-year old made it hard for me to openly complain about the unreasonableness of this approach.

Students bringing skis and snowboards to the classrooms is one of my favourite sights around the department; and having the opportunity to go skiing myself in the morning and then head straight to the office, skis over the shoulder, and no-one thinking this is strange, is a wonderful privilege.

The first time I really felt integrated was when I, on the way home from a ski trip, went shopping while wearing rolled-up ski trousers and sneakers — the quintessential Innsbruck look.

Working in Innsbruck is a great privilege — I still haven't gotten used to the idea that I can go skiing by taking a local bus for 15 minute or so, and that there is a large collection of ski resorts within an hour of where I live. And I continue to enjoy procrastinating (aka taking a short, well-deserved, break from work) by looking out over the mountain chain I can see from my office; should I ever get bored of that, I can walk to the other side of the building and enjoy the view over a whole other range of mountains.

23 Jahre „Institutskonflikt" um die „Frauenforschung"

Claudia von Werlhof

Auszug aus der Rede zur „Verabschiedung von o. Univ. Prof. Dr. Claudia von Werlhof anlässlich ihrer Emeritierung 2011 am 27.6.2011, Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie, SOWI, Universität Innsbruck"

Kurzfassung und Nachsatz 2017

Wenn es nur nach mir gegangen wäre, so wäre ich sang- und klanglos von diesem Ort gegangen, an dem ich 23 Jahre lang tätig war.

Denn ich bin nirgendwo und nie in meinem Leben, geschweige denn 23 Jahre lang, mit so vielen kontinuierlichen und durch nichts zu verändernden Feindseligkeiten, Unterstellungen, Übergriffen, Diffamierungen, Misstrauensbekundungen und Projektionen überhäuft worden wie hier am Institut für Politikwissenschaft, und zwar von Anfang bis Ende — von einigen Ausnahmen abgesehen.

Warum mein Leben und Arbeiten am Institut so war, ist ein Geheimnis dieses Instituts für POLITIK, in das ich es inzwischen umgetauft habe. Nur so viel ist gewiss: Es hat natürlich auf jeden Fall inhaltliche Gründe. Es ermöglichte, etwa Personalentscheidungen durchzusetzen, z. B. im Falle der Mittelbaustellen in der Frauenforschung, als meinem in Österreich nun zum 1. Mal offiziell anerkannten und mit einem Lehrstuhl ausgestatteten Fach. Der Kampf um die Besetzung dieser Stellen führte zum sogenannten „Institutskonflikt", den ich mit Glanz und Gloria verloren habe, und zwar zwei Mal, wobei einmal selbst der Nationalrat eingeschaltet wurde.

Ich habe nicht erreicht, dass außer mir noch zwei andere Frauen, oder auch nur eine, in der Frauenforschung arbeiten konnten, wie dies ja eigentlich für diese Professur vorgesehen war, und zwar in einer Frauenforschung, die diesen Namen verdient — aus meiner Sicht verdient.

Der Institutskonflikt wurde auch nie beendet, denn dann hätte ja etwas (an)erkannt oder zugegeben werden müssen, nämlich etwas Inhaltliches, und das heißt natürlich, etwas Politisches! Denn klar ist: ein neues

Fach wie die Frauenforschung barg ein enormes Konfliktpotential, war sie doch im Rahmen der neuen Frauenbewegung der 1970er Jahre entstanden und hatte bei ihrem Eintreten in die akademische Welt eine scharfe und grundsätzliche Wissenschaftskritik zur Folge, die an Radikalität nichts zu wünschen übrig ließ. Sie offenbarte den zutiefst patriarchalen Charakter der modernen Wissenschaft und ihre frauen- und generell natur- sowie lebensfeindliche Haltung und Methode, ist sie doch den Kerkern einer 600-jährigen europäischen Inquisition entstiegen! Und es war genau diese Kritik, an der ich mich mit Elan beteiligt hatte, nachdem ich 1975 bereits mit dem Thema „Frauen und Dritte Welt" Wissenschaftliche Assistentin an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld geworden war.

Als in den 1980er Jahren dann in Deutschland die ersten Frauenforschungsprofessuren besetzt wurden, stand entsprechend die Frage im Raum, wie die normale patriarchale Wissenschaft damit umgehen würde. Und ich kann sagen: gar nicht gut! Das habe ich schon in Bielefeld erfahren, wo es 1986 ganz klar darum ging, die Institutionalisierung der Frauenforschung im Wege der Besetzung der 1. Professur gleich mit ihrem Verbot zu verknüpfen. Das Ergebnis war daher im Grunde die Abschaffung dessen, was bis dahin die Frauenforschung war, und ihre Ersetzung durch das, was heute die Gender-Studies sind — nämlich ihr Gegenteil! Logisch, dass daraus ein Konflikt resultieren musste.

Erst voriges Jahr kam es zu einer Art Neuauflage dieses Konflikts am Institut für Politik. Es ging um meine Aussage in einem Interview im „Standard", dass von nicht gerade unprominenter Seite aus festgestellt worden war, das entsetzliche Erdbeben in Haiti, das vier Wochen davor stattgefunden hatte, sei künstlich hervorgerufen worden und könnte etwas mit den Interessen der USA in dieser Region zu tun haben. Mein Anliegen, dass einem so fürchterlichen Verdacht nachgegangen werden müsse, wurde vom Institut für Politik allerdings als „Schaden" für das Institut öffentlich gebrandmarkt — weshalb ich mich seitdem als „Institutsschädling" bezeichne, eine Ironie, die hier nicht gut angekommen ist und, wie üblich, absichtlich falsch verstanden wurde — nämlich als eine Anmaßung meinerseits.

Es sind aber die Kollegen von der Naturwissenschaft nach wie vor nicht dabei, das Rätsel um Haiti zu klären. Und wieso soll ausgerechnet die Wissenschaft sich dieser Frage nicht endlich annehmen? — die zivile übrigens, die militärische hat es ja längst getan!

Die Inhalte waren mir selber immer wichtiger als alles andere. Sonst hätten mir ja bei der Haiti-Geschichte nicht die Haare zu Berge gestanden. Aber die Beschäftigung mit neuen Militärtechnologien im Umwelt- und Katastrophenbereich ist auf diese Weise erst jüngst hinzugekommen. Dabei ist es dafür hohe Zeit, denn unsere Mutter Erde, der Planet, wird dabei „langsam zu einem Wrack gemacht", wie Rosalie Bertell, die weltweit beste Forscherin zum Thema, sich ausdrückte.

Nun trägt dieses Thema dazu bei, den vorläufigen Gipfel unserer theoretischen Bemühungen zu definieren — nämlich die Ausarbeitung eines wirklich umfassenden, neuen trans-disziplinären Paradigmas, auf das meine gesamte wissenschaftliche und forscherische Tätigkeit am Ende hinausläuft: die Formulierung des Ansatzes der „Kritischen Patriarchatstheorie".

In den Grundlagen habe ich mein persönliches Ziel als Wissenschaftlerin, Denkerin und Frau trotz aller Behinderungen erreicht: Die Ausarbeitung der Grundzüge nicht nur einer feministischen Gesellschaftstheorie, wie es mir noch in Bielefeld vorschwebte, sondern sogar die einer auch die Natur, ja die ganze Erde mit umfassenden „großen" Theorie. So ist nach dem „Bielefelder Ansatz" also ein „Innsbrucker Ansatz" entstanden, der aber gar nicht gewollt war, jedenfalls nicht vom Institut für Politik, wo er in über zwei Jahrzehnten entwickelt wurde.

Und so geht mit mir dieser Ansatz vom Institut für Politik und der Universität Innsbruck weg, und das Experiment der 1. Frauenforschungsprofessur in Österreich ist damit beendet. Ihm folgt nichts nach, was damit auch nur das Geringste zu tun hätte. Dafür ist gesorgt. Ich für mich konnte trotz aller Anfeindungen, fehlenden Mitarbeiterinnen, nicht genehmigten Forschungsmitteln und totaler Einflusslosigkeit mehr nicht wollen, als mir meinen Traum von der prinzipiellen Ausarbeitung einer eigenen Theorie zu erfüllen, selbst wenn natürlich die hiesige Wissenschaftsgemeinde diese Bemühung — wenn überhaupt — erst posthum bemerken wird. Vielleicht nie? Egal, solche Kalküle gehören nicht zum Denken, zum unbedingten Erkennen wollen! Und das ist es, was mich mein Leben lang angetrieben hat, Frau hin oder her! Denn, wie ich es heute sagen würde, ich wurde als matriarchales Wesen geboren und bin es einfach geblieben. So wollte ich zunächst unbedingt wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Stattdessen habe ich nun herausgefunden, was die Welt im Innersten auseinanderreißt! Das ist das Ergebnis meiner Auseinandersetzung mit der Welt, die ich von mir aus nie verstanden habe: der des Patriarchats.

Die Kritische Patriarchatstheorie ist letztlich das, was ich seit dem Beginn meiner Forschungen in Gestalt empirischer Arbeit in der sogenannten 3. Welt gesucht habe: eine Antwort auf die Frage, warum die global gewordene moderne Zivilisation des Nordens so zerstörerisch ist, dass sie bald alles Leben und — wie heute ersichtlich — auch noch den Planeten selber auf dem Gewissen haben wird, und mit dieser Vernichtung selbst dann nicht aufhört, wenn die Folgen überall sichtbar, ja irreversibel geworden sind! Es ist hier eine Art „Kyndiagnosia" festzustellen, nämlich die Unfähigkeit, eine Gefahr zu erkennen, die sicher daher rührt, dass das Patriarchat ganz zentral zum „kollektiven Unbewussten" der Welt gehört, was bedeutet, dass seine Gewalttätigkeit nicht gesehen wird — andernfalls es mit ihm nämlich vorbei wäre! Daher negiert, verhöhnt und bekämpft man lieber Menschen wie mich, denen diese Gewalt ganz und gar unerträglich

ist, und die versuchen, eine Erklärung dafür — und das heißt, auch einen Ausweg daraus zu finden, eine Alternative! Was sollte ein/e Wissenschaftler/in heute eigentlich sonst tun?

Aber nach Ansicht des Instituts für Politik befinden wir uns in der Demokratie, im Frieden und im Wohlstand, ja, der bestmöglichen aller Zivilisationen!

Abgesehen von vielen Frauen im internationalen Raum, mit denen ich seit Jahrzehnten meine Analyse teile, insbesondere die am Institut habilitierte Renate Genth, auf deren Kritik der Maschinisierung mein erweiterter neuer Patriarchatsbegriff zurückgeht, habe ich das Gefühl, auch die Arbeit eines Mannes weitergetrieben zu haben, dem ich das zu Lebzeiten noch nicht sagen konnte, der es aber vermutlich geahnt hat: Ivan Illich. Ich bilde mir ein, seine frühe Kritik der modernen Institutionen als solchen, die das Gegenteil von dem hervorbringen, was sie angeblich beabsichtigen, erklären zu können, nämlich als etwas durchaus, ja gerade Gewolltes! Es ist die zentrale These der Kritischen Patriarchatstheorie, meine „Alchemie"-These, die erklären kann, warum die von allen modernen Institutionen beabsichtigte Produktion des Höheren und Besseren zu der des Niedrigeren und Schlechteren führt, ja führen muss! Denn sie tritt an gegen die Natur, die Mütter und alle Gestalten, die von sich aus schöpferisch sind, ja die Erde, ihren Geist und ihre Seele selber, um sie durch ein Gegenteil zu ersetzen, das künstlich gemacht und auf Vernichtung aufbauend zusammengesetzt ist: die Maschine bzw. das „System". Aber dieser Logik einer „Schöpfung aus Zerstörung", wie ich sie nenne, bzw. einer durchaus gewollten Zerstörung durch angebliche „Schöpfung", kommt man nur über einen Begriff näher, eben den des Patriarchats, und zwar nicht nur als Herrschaftsform, sondernd des Patriarchats als einer Technik der geplanten Verkehrung der Welt, die notwendig ihre schließliche Zerstörung bedeutet. Die patriarchale Utopie der besseren, paradiesischen Gegen-Welt kippt heute, wo diese Welt mit allen Mitteln hervorgebracht wird, um in die Dystopie einer Hölle auf Erden. Und genau dafür gab es bisher keine Erklärung! Erst wenn wir die haben, gibt es die Chance, vom bloßen moralisierenden Gejammer — oder gar dem penetranten Wegsehen — zu einer Tat zu schreiten, in der ein anderes Denken, Fühlen und Handeln endlich — wieder — zum Zuge kommen können!

Ich bin in Tirol geblieben und trotz der Groteske meiner Existenz am Institut für Politik nicht gegangen. Als alleinerziehende Mutter hatte ich platterdings keine Zeit, mich erneut um eine berufliche Alternative mit allem Drum und Dran zu kümmern. Im Laufe der Jahre wuchsen mir auch die Sekretärin der ersten 13 Jahre, Christine Pfaller, und meine Schüler und Schülerinnen ans Herz: Ich konnte sie nicht im Stich lassen, und ich habe mich in die Lehre versenkt wie vielleicht sonst kaum jemand, damit sie mit mir den Weg des neuartigen Erkennens der Welt gingen. Und wie unnachahmlich waren die Momente, wo ich in ihren Augen plötzlich die-

ses Licht sah, das Aufleuchten eines anderen Verstehens, das manche nicht mehr losgelassen hat, und wonach man richtig süchtig werden kann!

Für die Zeit jenseits der Universität haben wir auch schon zwei Vereine gegründet: das „Forschungsinstitut für Patriarchatskritik und Alternative Zivilisationen", FIPAZ, und die „Planetare Bewegung für Mutter Erde", PBME, mit inzwischen 700 Mitgliedern in aller Welt — Theorie und Praxis der Zukunft!

Ich selbst muss noch mein buchstäblich „Großes Werk" über die Technikgeschichte des Patriarchats, die „Zivilisation der Alchemisten", fertig stellen. Nachlesbar ist aber schon jetzt, wie der Weg war, den wir gemeinsam gegangen sind: Es gibt dafür die Reihe „Beiträge zur Dissidenz" mit 28 Bänden (Peter Lang Verlag) und viele, viele Publikationen in den verschiedensten Sprachen in aller Welt.

Schließlich bin ich hiergeblieben, weil ich mich von Anfang an dieser wilden Berglandschaft zugehörig fühlte.

Nachsatz 2017

Meine letzte Doktorandin am Institut, Simone Wörer, ist soeben mit einer Arbeit zur Kritischen Patriarchatstheorie „Homo Transformator und die Krise der Gabe" mit der Bestnote promoviert worden. Die Arbeit wird als Nr. 30 der Reihe „Beiträge zur Dissidenz" im Peter Lang Verlag erscheinen. Frau Dr. Wörer wird das geistige Erbe übernehmen, das unsere Arbeit zum Thema „Frauenforschung" am Institut hervorgebracht hat. Die daran Interessierten haben 2015 „BUMERANG, Zeitschrift für Patriarchatskritik" auf www.fipaz.at gegründet. Dort kann von der Nr. 0 bis zur soeben erschienenen Nr. 3 „Patriarchats als Technik" der Fortgang der Debatte im internationalen Raum verfolgt werden.

Die Quelle der Inspiration: Ein weißes Sofa am Institut

Anja Opitz

Es wird Zeit, ein Geheimnis zu lüften. Das Geheimnis, warum es möglich war, während der Zeit am Institut für Politikwissenschaft zu promovieren und eine Habil anzustoßen, obwohl es nach logischem Ermessen eigentlich völlig unmöglich war. Worin also liegt das Geheimnis, dass trotz akademischer Institutstätigkeit, Lehrveranstaltungen, Berufungskommission, Curriculumskommission, einer Stelle als stellvertretende Institutsleiterin, Forschungsleistungsdatenbeauftragter und vielem mehr die wissenschaftliche Weiterqualifikation möglich war? Die Lösung liegt in einem weißen Sofa.

Nachdem mein Kollege Dr. Jodok Troy und ich nächtelang am Schreibtisch gewacht und dabei jede erdenkliche Möglichkeit durchgespielt hatten, wie wir Beruf und Karriere in Einklang bringen konnten (das Privatleben hatten wir bereits in weiser Voraussicht längst an Dritte outgesourct), hörten wir im Radio den rettenden Slogan einer schwedischen Möbelhauskette. Den genauen Wortlaut verstanden wir nicht, doch waren wir uns im Nachgang einig, dass es in etwa so ging: „Arbeitest du noch oder promovierst du schon?“ Somit wurde uns mit einem Schlag klar, dass unsere Lösung nicht in dem Sammelband über die aktuelle Theoriediskussion lag, der versuchte, Unrealismus mit Dekonstruktivismus zu vereinen. Vielmehr galt es, einen Ausflug in die von der Wissenschaft gefürchtete reale Welt zu unternehmen. Die Adresse klang nach Verheißung: Amraser-See-Straße. Der Ort begrüßte uns schwedisch blau-gelb, und wir ließen uns auf einen Rundgang ein, der uns die Lösung aller Probleme bringen sollte. Nach langem Zögern und Suchen, nach Beratschlagen und Verwerfen, waren wir uns schließlich einig. Dort stand es, uns mit mütterlichen Rundungen ermunternd zuzwinkernd und uns durch seine weiße Farbe Unschuld und Tod zugleich symbolisierend. Weiblichkeit, Unschuld, Tod, was könnte idealer sein, um uns auf unserem Weg zum erfolgreichen Abschluss eigener Forschungsarbeiten zu begleiten und zugleich unser Arbeitspensum am Institut zu einem Spaziergang im Frühling zu machen.

Stolz trugen wir das Sofa zum Auto und wurden wieder einmal mit den unangenehmen Nebenwirkungen der Realität konfrontiert. Das Sofa war wunderbar groß, um sich bequem darauf zu räkeln. Das Auto dagegen war wunderbar klein, um in jede Parklücke zu kommen. Doch als Wissenschaftler ist man es gewohnt, für Probleme, die vorher nicht existierten, eine Lösung zu finden. So musste es doch auch möglich sein, für ein echtes Problem eine Lösung zu erarbeiten. Und das taten wir, während sich ein Pulk Menschen um uns sammelte und uns mit gut gemeinten Zurufen dazu brachte, jede nur erdenkliche Möglichkeit auszutesten, um dem Wagen klarzumachen, dass er mit ein wenig gutem Willen doch etwas mehr Laderaum bereitstellen könnte, um das Sofa aufzunehmen, das wir zugleich um weniger raumgreifende Präsenz baten. Eine Lösung fand sich schließlich doch, woraus wir schlossen, dass es deutlich leichter ist, eine Promotion abzuschließen, als ein Ladeproblem zu lösen.

Frohen Mutes fuhren wir zur Universität, steuerten direkt ins Parkhaus und entluden unser weißes Problemlösungsmobiliar, das erstaunlich leichter in den Fahrstuhl passte als zuvor ins Auto. Unsere Freude endete jedoch jäh, als sich die Fahrstuhltüren öffneten und wir nicht wie erhofft im Institut, sondern mitten auf dem Campus angekommen waren. Nie war uns ein Weg weiter erschienen als diese Meter über den Innenhof, begleitet von den verwunderten Blicken der Studierenden, die sich wohl fragten, ob dies das Schicksal ist, das einen erwartet, der sein Studium abgeschlossen hat.

Doch bald schon waren alle Mühen vergessen. Das Sofa stand in unserem gemeinsamen Arbeitszimmer und wurde nun zum Anziehungspunkt kluger Gedanken und ebensolcher Kolleg*innen, die wir auf diesem Möbelstück fortan willkommen heißen konnten. Als im Verlauf einiger Umzüge noch eine gebrauchte, aber durchaus integrationswillige Kaffeemaschine den Weg zu uns fand, war unser Glück perfekt. An dieser Stelle erlebten wir auch unsere italienischen Jahre am Institut mit Prof. Dr. Simona Piattoni, Inhaberin der Professur Politik der europäischen Integration (2010-2011). Das Sofa half uns unter anderem, 2011 eine Konferenz über Demokratieforschung in der Europäischen Union zu organisieren. Damals bemühte sich der kleine Sohn von Dr. Sven Jeschke, Julian, heldenhaft und mit Erfolg, die Veranstaltung unvergesslich zu machen, indem er auf die Bühne kletterte, um sich des Mikrophons zu ermächtigen.

Somit bleiben nach meinen Jahren am Institut für Politikwissenschaft viele Erinnerungen an intensive und bereichernde Gespräche mit den Kolleg*innen auf einem weißen Sofa, bei dem wir versuchten, unseren wissenschaftlichen Anspruch an Forschung und Lehre mit den Mühen des Alltags in Einklang zu bringen. Ohne das weiße Sofa als Magnet und Inspirator hätten wir viele Dinge wohl nicht in die Wege leiten können.

Die Revolution beginnt von unten

Sabine Wartha

Es war schon eine Niederlage! Da steigen die Jus-StudentInnen hoheitsvoll die Treppen in das ehrwürdige, historische Studiengebäude hinauf, die zukünftigen WirtschaftlerInnen marschieren über den großen Uni-Platz zu ihrem ökonomischen Turm. Und wir PolitologInnen, wir, die die Welt verändern wollen, revolutionieren, uns erheben, uns empören? Uns schickt man praktisch unter die Erde. „Einfach Richtung Tiefgarage gehen", heißt es mitleidig. Jede Revolution beginnt von unten, das war wohl mit dem Politikwissenschaft-Institut wortwörtlich so gemeint. Also marschieren wir Erstsemestrige — schon etwas eingeschüchtert — in unser neues Studienzuhause. Ob das POWI-Institut heute — 30 Jahre später — noch immer dort untergebracht ist? Unten, in kleinen, niedrigen Räumen? Sich durch den engen Gang schlängeln. Mit den vielen Ankündigungen, Postern, Informationen an den Wänden. Vorbei am Seminarraum 1, wo die aufregendsten HörerInnen-Versammlungen stattfanden. Dort haben wir zumindest — versteckt in unserer Höhle — die studentische Revolution verbal ausgelebt. Diskutiert. Alle gleichzeitig, lautstark. Das war unsere, gelebte Politik.

Geprägt von meinem Auslandserlebnis nach der Matura war ich voller Tatendrang, etwas zu tun. Zu verändern. Die internationale Weltordnung zurechtzurücken. Die diktatorischen Regimes in Südamerika bekämpfen, Kampagnen organisieren. Langsam, langsam. Denn so wie die Schule mit dem Einmaleins beginnt, so ist das auch mit dem Studium: Einführung in die Politikwissenschaft, die österreichische Sozialpartnerschaft, Statistik, Einführung in die Methodik, Einführung in die empirischen Sozialforschung. Österreich halt. Langweilig. Wie wohl die Studienordnung heute ausschaut? Hat sich hier viel verändert? Was lehren sie heute überhaupt? Fake-News und Twitter Nachrichten richtig politisch interpretieren? Neue Methoden der Kommunikation?

Zurück zur Vergangenheit: Trotz unseres Höhlendaseins genossen wir — zumindest in den ersten Jahren — eine angenehme, lässige Stimmung: freundliche ProfessorInnen, engagierte AssistentInnen — der Mittelbau, gleich mal per du. Ein kleines Institut mit einer überschaubaren Anzahl

von StudentInnen. Gibt's das heute noch? Sommerfeste im Garten, mit Volleyballspielen gegen die Lehrenden. Wir waren einfach cool, fühlten uns im Kreis der Wissenschaft wichtig, anerkannt, zum Diskutieren angeregt. Wir Erstsemestrige konnten, ja durften schon mit den Diplomanden gemeinsam in den Seminaren sitzen, in diesen intellektuellen erhabenen Runden, mit wenigen StudentInnen, oft nur an zwei Händen abzählbar. Irgendwie wirkte das Politikwissenschaft-Institut wie ein kleiner, privater Verein, wo sich jede/r kennt. Aber die Erinnerung verblasst ja mit den Jahren, alles verklärt sich, wir nehmen nur das Schöne, das Positive mit. Wer erinnert sich schon noch gerne an die vielen Nächte, in denen wir für die Prüfungen gestrebert haben? Zurück bleiben verblasste Zeugnisnoten in säuberlich händisch ausgefüllten Zeugnissen, deren Titel heute beim Durchblättern einiges an Stirnrunzeln auslösen: „Probleme der Entwicklungsländer!" Aha. „Die 3. Welt in den Medien". Haben wir wirklich die Welt damals so eingeteilt? Und trotzdem: Was haben wir nicht alles Spannendes gelernt, vor allem im 2. Studienabschnitt: Die kubanische Revolution. Proseminare über das Apartheid-Regime in Südafrika. Die Sowjetische Außenpolitik. Aber das ist ja Schnee von gestern. Wie heißen die Proseminare wohl heute? Die Sicherheitspolitik der EU? Der internationale Terrorismus und seine Wurzeln? Ich muss mir wirklich das Vorlesungsverzeichnis genauer anschauen. Oder einmal wieder selber dort vorbeischauen. Aber hoffentlich nicht mehr unten, neben der Tiefgarage?

Von der Universität in die Praxis

Clemens Pig

Während der Studienzeit am Innsbrucker POWI-Institut haben sich meine grundlegenden weiteren Lebensweichen gestellt. In beruflicher Hinsicht durch erste publizistische Erfahrungen im Rahmen der von uns ins Leben gerufenen Institutszeitschrift „polytic" (mit Unterstützung von Anton Pelinka) sowie des unternehmerischen Projektes „forschungsgruppe mediAwatch" (gemeinsam mit Günther Pallaver und den wissenschaftlichen Beiräten Fritz Plasser, Ferdinand Karlhofer und Gilg Seeber). In privater Hinsicht durch ein Tutorium am POWI-Institut, bei dem ich meine jetzige Frau kennen gelernt habe.

In besonderer Erinnerung ist mir der Sommer 1996 geblieben, als wir mit Unterstützung der Institutsleitung Räumlichkeiten der Universität für die Pionierphase des MediaWatch-Instituts nutzen konnten. Das erste Projekt stand an — die Vermessung des österreichischen EU-Wahlkampfes 1996 — und wurde in einem in den Sommermonaten leer stehenden Seminarraum durchgeführt. Heute würde man das Start-up oder Garagen-Firma nennen.

Auch nach dem Studienabschluss bin ich über all die Jahre bis heute mit dem Institut für Politikwissenschaft sehr verbunden, sei es durch freundschaftliche Kontakte zu Lehrenden oder durch gemeinsame Publikationen zum Themenfeld der politischen Kommunikation. Der wissenschaftliche Diskurs und Austausch tut einem Praktiker immer gut, kommt aber gleichermaßen immer zu kurz. Die bis heute gültigen wissenschaftlichen Grundlagen meiner beruflichen Tätigkeit habe ich mir jedenfalls am Institut für Politikwissenschaft angeeignet.

Danke für die tolle Studienzeit, alles Gute zum 40-Jahres-Jubiläum und die besten Wünsche für die weitere Zukunft — *ad multos annos!*

Teil III

Impressionen der 40-Jahres Feier



© BfÖ 2017



Einladung

anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der Gründung
des Instituts für Politikwissenschaft

Mittwoch, 18.10.2017, 14:00 – 17:00 Uhr

Öffentlicher Workshop zum Thema

Cui Bono Scientia Politica? Eine Debatte zur
Relevanz der (österreichischen) Politikwissenschaft

Donnerstag, 19.10.2017, 14:00 – 16:00 Uhr

Öffentlicher Vortrag zum Thema

Moderner Wahlkampf und Politische Kommunikation
Vortragender: Mag. Lothar Lockl

Das Institut für Politikwissenschaft freut sich, Sie anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der Instituts-Gründung zu folgenden Veranstaltungen einladen zu dürfen.

Mittwoch, 18.10.2017
14:00 – 17:00 Uhr
Fakultätssitzungssaal (Sowi Gebäude)
Universitätsstraße 15, 3. Stock/Ost

Öffentlicher Workshop zum Thema
Cui Bono Scientia Politica? Eine Debatte zur Relevanz der (österreichischen) Politikwissenschaft

Gesellschaftliche und politische Umwälzungen erzeugen wichtige Impulse für die Entwicklung der Wissenschaften. Sie wirken auf Forschungsprozesse, indem sie neue Fragen aufwerfen und an etablierten Annahmen rütteln. Gleichzeitig wirken sie aber auch auf die Position und Positionierung der Wissenschaften gegenüber der Gesellschaft, indem sie die Frage in den Vordergrund rücken, ob und wie wissenschaftliche Disziplinen eine Rolle in der Bewältigung dieser Umwälzungen spielen sollen und können. Es stellt sich demnach sowohl für ForscherInnen als auch für die Gesellschaft die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns.

Die politischen Umwälzungen der vergangenen Jahre werfen diese Frage auch für das Fach der Politikwissenschaft auf. Im Rahmen dieses Workshops werden Beiträge vorgestellt und diskutiert, die sich mit der Relevanz der (österreichischen) Politikwissenschaft auseinandersetzen und im Rahmen eines Schwerpunktheftes der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft veröffentlicht werden sollen.


contribution to the political
agency of individual citizens
helping in making sense of political
phenomena
encouraging to take political action
contribution to the professional
agency of graduates
applying generic skills (e.g.
researching and systematising
material)
theories, and methods
contribution to
agency in political decisionmaking
then being rejected

















Donnerstag, 19.10.2017
14:00 – 16:00 Uhr
Madonnensaal (Theologische Fakultät)
Karl-Rahner-Platz 3, 2. Stock

Öffentlicher Vortrag zum Thema
Moderner Wahlkampf und Politische Kommunikation

Vortragender: Mag. Lothar Lockl

Lothar Lockl ist Strategie- und Politikberater. Er ist Geschäftsführer einer Strategieberatungsagentur, die auf PR, Medientrainings und Nachhaltigkeit spezialisiert ist. 2016 war er Wahlkampfleiter von Alexander Van der Bellen für die Bundespräsidentenwahl.

Lockl studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Er war Sprecher von GLOBAL 2000 und Mitinitiator des Gentechnik-Volksbegehrens, das von über 1,2 Mio. Menschen unterschrieben wurde und bis heute das zweiterfolgreichste Volksbegehren Österreichs ist.

Unter Bundessprecher Alexander Van der Bellen war er Kommunikationschef der Grünen und in dieser Zeit u.a. für die Nationalratswahlkampagne 2006 mitverantwortlich, bei der die Grünen erstmals auf Bundesebene ein zweistelliges Ergebnis erreichten und hinter SPÖ und ÖVP drittstärkste Kraft wurden.













Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrte Herr Kollege,

im Namen des Instituts für Politikwissenschaft möchte ich Sie herzlich zur Abendveranstaltung anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums der Gründung unseres Instituts einladen. Im gemütlichen Ambiente des Weinkellers der Ferrarischule Innsbruck wollen wir die Geschichte des Instituts Revue passieren lassen und gemeinsam auf dessen Zukunft anstoßen.

Für das leibliche Wohl sorgt ein Buffet mit regionalen Spezialitäten. Damit auch der Humor nicht zu kurz kommt, wird sich der Kabarettist Markus Koschuh im Laufe des Abends den vielen Facetten unseres Faches und seiner VertreterInnen annehmen.

Donnerstag, 19.10.2017
Weinkeller der Ferrarischule Innsbruck
Weinhartstrasse 4, 6020 Innsbruck

Beginn der Veranstaltung: 18:00 Uhr

Ich freue mich, Sie im Rahmen dieser Feier begrüßen zu dürfen.

assoz.-Prof. Dr. Martin Senn
Institutsleiter

























Verzeichnis der AutorInnen

Franz Eder, geb. 1980, habilitierte 2015 und ist assoziierter Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck sowie Studiendekan der Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften. In seiner Forschung und Lehre beschäftigt er sich mit der Rolle von Akteuren in den internationalen Beziehungen und mit der Analyse von Außenpolitik. Dabei liegen seine Schwerpunkte vor allem auf den Themen des (Counter)Terrorismus sowie der US Außen- und Sicherheitspolitik.

Peter Filzmaier, geb. 1967, ist Professor für Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz. Von 1997 bis 2004 war er am Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) an der Universität Innsbruck tätig, wo er auch seine politikwissenschaftliche Habilitationsschrift verfasste.

Reinhold Gärtner, geb. 1955, habilitierte 1995 und ist seit 1985 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck tätig. Seit 2001 ist er außerordentlicher Universitätsprofessor. Reinhold Gärtners Schwerpunkt in Forschung und Lehre liegt auf dem politischen System Österreichs, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie im Bereich der politischen Bildung.

Ferdinand Karlhofer, geb. 1956, habilitierte 1995 und ist seit 1996 außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. 2004-2017 Leiter des Instituts, Lehrtätigkeit — neben ständiger Lehre in Innsbruck (seit 1984) — an den Universitäten Linz, Salzburg, Budapest, New Orleans (Visiting Professor) und Bern. Schwerpunkte in der Forschung: Österreich in europäisch-vergleichender Perspektive mit Fokus auf Parteien- und Verbändeforschung sowie Föderalismus.

Bernhard Natter, geb. 1956, ist Bundeslehrer im Hochschuldienst am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Seine Arbeitsschwerpunkte in Lehre und Forschung sind Didaktik und Methodik der

politischen Bildung, Schulpolitik und das politische System Österreichs. Seit 2009 ist er im Gründungsvorstand der österreichischen Fachgesellschaft Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) sowie in der Trainerausbildung im Demokratie-Lernen-Programm des Zentrums für angewandte Politikforschung (CAP) der Universität München tätig.

Anja Opitz, geb. 1979, ist Referentin für Internationale Beziehungen an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Gründungsmitglied der Middle East and International Affairs Research Group (MEIA Research) in München. Vor ihrem Wechsel an die Akademie für Politische Bildung im November 2013 war Anja Opitz wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Institutsleiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und zuvor Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag. In ihrer Forschung konzentriert sie sich auf die Themenfelder Global Health Security, EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Sicherheitssektorreform in fragilen und zerfallenen Staaten.

Günther Pallaver, geb. 1955, habilitierte im Jahr 2001 und ist Universitätsprofessor am Institut für Politikwissenschaft, wo er seit 1987 lehrt und forscht. Er war Studiendekan der Fakultät für Soziale und Politische Wissenschaften, ist Leiter des Instituts für Medien, Gesellschaft und Kommunikation und Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft. In seiner Forschung und Lehre beschäftigt sich Günther Pallver mit dem politischen System Italiens, Föderalismus sowie mit politischer Kommunikation in medienzentrierten Demokratien.

Anton Pelinka, geb. 1941, war von 1976 bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Seit 2006 ist er Professor für Politikwissenschaft und Nationalismusforschung an der Central European University in Budapest. Anton Pelinka war ebenfalls als visting professor an der Harvard University (Schumpeter Fellow), der Stanford University (Austrian Chair), der University of Michigan, Ann Arbor, der University of New Orleans sowie an der Université Libre de Bruxelles (Institute for European Studies) tätig. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Vergleichender Politikwissenschaft und Demokratietheorie.

Clemens Pig, geb. 1974, ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Austria Presse Agentur. Während seines Studiums der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck gründete er 1996 mit Studienkollegen und Günther Pallaver die MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH. Nach dem Verkauf von MediaWatch an die APA – Austria Presse Agentur wechselte er 2008 von Innsbruck nach Wien in die Konzern-Geschäftsleitung der APA. Mit 1.7.2016 wurde er zum Vorsitzenden der Geschäftsführung und geschäftsführenden Vorstand der APA-Gruppe und zum Präsidenten

des Verwaltungsrates der Keystone AG (APA-Beteiligung) bestellt. Pig ist Gastvortragender an den Universitäten Innsbruck und Wien und Autor zahlreicher Publikationen über politische Kommunikation.

Fritz Plasser, geb. 1948, war von 1993 bis 2013 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Daneben leitete er in Wien die Forschungsplattform Zentrum für Angewandte Politikforschung. Fritz Plasser war ebenfalls Visiting Professor bzw. Research Fellow an der George Washington-Universität in Washington D.C. und der John F. Kennedy School of Government der Harvard Universität. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit empirischer Wahl- und Parteienforschung sowie mit der politischen Kommunikationsforschung.

Martin Senn, geb. 1978, habilitierte im Jahr 2015 und ist assoziierter Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, Lektor an der Diplomatischen Akademie Wien sowie Sprecher der International Studies Sektion der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft. In seiner Forschung und Lehre beschäftigt er sich mit der Entstehung und dem Wandel internationaler Ordnungen, der Rolle von Ideen in der Weltpolitik sowie mit nuklearer Rüstung- und Rüstungskontrolle. Seit März 2017 ist Martin Senn Leiter des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck.

Erika Thurner, geb. 1952, habilitierte sich im Jahr 1991 an der Universität Linz und war von 1992 bis 2016 als außerordentliche Universitätsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck tätig. In den Jahren von 1992 bis 1998 war sie Lehrbeauftragte, Gastprofessorin und Karenzvertretung an den Universitäten Linz, Innsbruck und Wien. In ihrer Forschung und Lehre beschäftigt sich Erika Thurner vor allem mit dem politischen System Österreichs, Minderheitenpolitik sowie mit der Situation von Sinti und Roma.

Sabine Wartha, geb. 1967, studierte in den Jahren 1987-1992 in Innsbruck und Berlin Politikwissenschaften und Fächerbündel mit Schwerpunkt Lateinamerikanistik. Nach dem Studium arbeitete sie für nationale wie internationale Organisationen und verbrachte mehrere Jahre im Ausland, u.a. in Chile, Guatemala, Serbien und Kosovo. Seit 2002 leitet Sabine Wartha die Humanitäre Hilfe der Caritas Österreich und koordiniert weltweit Katastropheneinsätze.

Claudia von Werlhof, geb. 1943, habilitierte sich im Jahr 1984 an der Universität Köln im Fach Politikwissenschaft an war von 1988 bis zu ihrer Emeritierung im Jahr 2011 als Universitätsprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck tätig. Sie war die Inhaberin

des 1. „Frauenforschungslehrstuhls“ in Österreich, Gründerin des „Forschungsinstituts für Patriarchatskritik und alternative Zivilisationen“ (FIPAZ, 2007) sowie der „Planetaren Bewegung für Mutter Erde“ (2010). Vor ihrer Tätigkeit an der Universität Innsbruck war Claudia von Werlhof wissenschaftliche Assistentin für Lateinamerikaforschung an der Universität Bielefeld.

David M. Willumsen, geb. 1982, promovierte im Jahr 2013 am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und ist seit 2016 Universitätsassistent an der Universität Innsbruck. Seine Forschung konzentriert sich in einer vergleichenden Perspektive auf Fraktionsdisziplin in Parlamenten, legislative Organisation und die Wirkung von Wahlsystem auf parlamentarisches Verhalten. Seit März 2017 ist er Studienbeauftragter des Instituts für Politikwissenschaft.

Das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck feierte im Jahr 2017 das 40. Jahr seines Bestehens. Die Festschrift nimmt dieses Jubiläum zum Anlass, Geschichte und Gegenwart des Instituts aus professioneller und persönlicher Sicht zu betrachten sowie Herausforderungen und Perspektiven seiner weiteren Entwicklungen zu verorten. Die Autorinnen und Autoren beleuchten dabei die Wegmarken der Gründungs- und Aufbauphase des Instituts, den Wandel in der Personal- und Infrastruktur sowie Veränderungen in der Forschungskultur und den Studienprogrammen. Die Zusammenschau der aus unterschiedlichen Blickwinkeln verfassten Beiträge ermöglicht vielfältige Einblicke in Erfahrungen und Erlebnisse als KollegInnen und Studierende am Institut.


ISBN 978-3-903187-27-6
9 783903 187276